HG
C5696po

Cierpinski, Fritz
Die Politik Englands in der Schleswig-Holsteinischen Frage von 1861 bis Ende Dezember 1863.

Die Politik Englands in der Schleswig-Holsteinischen Frage

von 1861 bis Ende Dezember 1863.

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde

der hohen philosophischen Fakultät
der Königl. Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

vorgelegt von

Fritz Cierpinski
aus Beuthen a. O.

Kiel.
Druck von Vollbehr & Riepen.
1914.

HG
C5696p0

Die Politik Englands in der Schleswig-Holsteinischen Frage

von 1861 bis Ende Dezember 1863.

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde

der hohen philosophischen Fakultät

der Königl. Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

vorgelegt von

Fritz Cierpinski

aus Beuthen a. O.

Der zweite Teil dieser Abhandlung:

„Englands Politik von Ende Dezember 1863 bis zur Eröffnung des englischen Parlaments am 4. Februar 1864"

wird in der „Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte" veröffentlicht werden.

568939
IL.9.53

Kiel.

Druck von Vollbehr & Riepen.

1914.

Referent: Prof Dr. Rachfahl.

Tag der mündlichen Prüfung: 28. Februar 1914.

Kiel, den 7. März 1914.

Zum Druck genehmigt:

Dr. Dieterici,
z. Zt. Dekan.

Meiner lieben Mutter

in Verehrung gewidmet.

Einleitung.

Die internationale Bedeutung der dänischen Frage.

Alle nordeuropäischen Mächte nahmen an den Geschicken Dänemarks um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts großen Anteil. Das war ganz natürlich, denn Dänemarks Gebiet liegt an einer Stelle Europas, deren Besitz keine Großmacht der anderen gönnen kann oder will. Wichtige Flußmündungen, Pässe und Meerengen sind stets ein Kampfobjekt großer Staaten gewesen. Häufig genug ist keine der konkurrierenden Mächte imstande, jene vielbegehrten Punkte zu erwerben, geschweige denn sie unangefochten zu behaupten. Dann halten sich, wie wir überall in Europa sehen, in solchen Gegenden von hervorragender wirtschaftlicher und strategischer Wichtigkeit bedeutungslose Kleinstaaten, die ihre Existenz nicht der eigenen Kraft, sondern der Eifersucht der Großmächte gegeneinander verdanken.

Auch Dänemark gehört zu diesen Kleinstaaten. Keine Großmacht würde der anderen erlauben, sich an den nordischen Meerengen festzusetzen, denn deren Besitzer würde trotz der Kleinheit des dänischen Landgebietes über eine beherrschende Stellung in Nordeuropa gebieten, welche den anderen Mächten sehr unangenehm werden könnte.

Es schien um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts, als ob die Frage durch die erlöschende männliche Sukzession im dänischen Königshause aufgerollt werden würde. Rußland

machte, gestützt auf gewisse Erbrechte, deren Berechtigung hier nicht zu untersuchen ist, offensichtlich Anstrengungen, sich überragenden Einfluß in Dänemark für die Zukunft zu verschaffen[1]). Die Eiderdänen wünschten den Herzogtümern die weibliche Erbfolge aufzudrängen, fanden damit aber energischen Widerstand bei den Deutschen in den Herzogtümern, welche sich von Dänemark schließlich trennen wollten. Die deutsche Nationalbewegung — von 1848 bis 1850 im Bunde mit Preußen — nahm sich ihrer an und geriet dadurch in Konflikt mit den Eiderdänen, mit Schweden, das ein sehr natürliches Interesse an dem Schicksal des stammverwandten Nachbarn nahm, und endlich mit Rußland, dessen Kreise man störte, — ganz abgesehen davon, daß der Kaiser von Rußland die „revolutionäre" deutsche Nationalbewegung haßte. Es zeigten sich auch die ersten Spuren der skandinavischen Bewegung, die den Russen in erster Linie sehr unsympathisch war, weil sie den Ausgang der Ostsee nicht in einer Hand vereinigt sehen wollten, und weil ihre eigenen Pläne auf Dänemark dadurch gestört wurden. Es trafen sich also die widersprechendsten Wünsche und Bestrebungen der nordeuropäischen Staaten auf Dänemarks Boden.

England war an diesen Streitigkeiten nicht direkt beteiligt; irgendwelche Ansprüche konnte es nicht stellen. Aber es glaubte nichtsdestoweniger ein großes Interesse daran zu haben, wie sich die Dinge in Nordeuropa entwickelten. Wo auch immer Rußland in jenen Tagen an der internationalen Politik beteiligt war, da erschien schleunigst England auf dem Plane, voller Mißtrauen gegen russische Expansionsgelüste[2]). Rußland griff in jenen Tagen zweifellos nach allen Seiten aus, im Inneren

---

[1]) Lorentzen, „Der Londoner Traktat". Treitschke V, 582. In England wies Urquhart in seinen Flugschriften energisch darauf hin.

[2]) vgl. Urquhart. Ponsonby: Germany Denmark and the Skand. Question 1861. Frasers Mag. 1854. Westminster Review 1855. Lancashire Foreign Affairs Committee. Es ist interessant zu sehen, wie die Schrift „La Politique Anglaise" England mit der Gefährlichkeit Rußlands zu schrecken sucht, um ihm den Vorteil guter Beziehungen zu Frankreich klar zu machen und um seine Aufmerksamkeit davon abzulenken, daß Frankreich sich ein „Glacier" zur Grenzdeckung zu schaffen wünscht.

Asiens, der Türkei gegenüber und im Norden Europas. Überall trat dem England entgegen, um die drohende Übermacht des Gegners zu verhindern. In diesem politischen Wettkampfe bestand die Bedeutung der Londoner Verträge von 1850 und 1852 nach englischer Auffassung darin, daß durch die Statuierung der Integrität Dänemarks die Interessensphären Rußlands und Englands in Nordeuropa gegeneinander abgegrenzt wurden[1]). Tatsächlich lag der Gewinn auf Seiten Rußlands[2]), das sich in der dänischen Thronfolgefrage für den künftigen Fall in die erste Reihe der Erbberechtigten vorzuschieben wußte. Ob das den englischen Diplomaten von Anfang an klar war, ist fraglich[3]); zum mindesten legten sie dem keine besondere Bedeutung bei, da sie durch das Zweite Londoner Protokoll ein verbrieftes Recht auf Mitwirkung bei jeder zukünftigen Regelung der dänischen Thronfolge erworben hatten. Sie betrachteten das Protokoll also hauptsächlich als Waffe gegen russische Vormachtgelüste[4]).

Zwar schwand infolge des russischen Mißerfolges im Krimkriege die Gefahr einer russischen Übermacht, aber das Protokoll behielt für die englischen Staatsmänner seinen Wert, denn es verbürgte die Erhaltung des status quo auch gegenüber jeder anderen Macht, die etwa durch Besitzergreifung eines Teils von Dänemarks Landen nach übermäßigem Ansehen in Nordeuropa trachten könnte und dadurch alle Interessenten auf den Plan rufen mußte. Aus diesem Grunde betrachtete man in London jeden als Friedensstörer, der dem Protokoll nicht unbedingt anhing. Die skandinavische Bewegung sah man mit Mißtrauen an und ebenso Napoleon, weil er jene ermutigte und

[1]) Lord Malmesbury an Lancashire Foreign Affairs Comittee, 6. Juli 1855, 31. Januar 1856. Lord Malmesbury, House of Lords, 3. Juni 1853. Lord Russell, House of Commons, 12. Juli 1861. vgl. Esher, Lett. of Queen Victoria, 16. Oktober 1850.

[2]) Lorentzen, nicht weniger als 14 mehrberechtigte Anwärter auf den dänischen Thron wurden durch die Erhebung des Glücksburger übersprungen, vgl. auch Arnliot Bellina.

[3]) Lord Malmesbury, House of Lords, 3. Juni 1853. Lord Russell, 12. Juli 1861.

[4]) Aff. of Denm. 1853, 427, vgl. auch 420.

dadurch die Spannung in Nordeuropa erhöhte[1]). Und die Beunruhigung wuchs zusehends, als nach dem Krimkriege der Streit zwischen Deutschen und Dänen über Schleswig-Holstein wieder auflebte.

Der Sachverhalt war folgender: Im Jahre 1848 und in den Jahren darnach war die schleswig-holsteinische Frage durch die Dazwischenkunft der Mächte zu Dänemarks Gunsten entschieden worden. Nur in einem Punkte hatten die Dänen nachgeben müssen, denn im Winter 1851 auf 1852 hatten die beiden deutschen Großmächte von Dänemark eine bindende Erklärung darüber erzwungen, welche Stellung die Herzogtümer künftig in der dänischen Monarchie einnehmen sollten, und die Frage war seit 1856, welches der Sinn dieses dänischen Versprechens sei. Dänemark glaubte damit seine Pflicht getan zu haben, daß es 1855 eine Gesamtverfassung für alle Lande der Monarchie erließ, wodurch die deutsche Minderheit mundtot gemacht wurde. Vorstellungen Österreichs und Preußens in Kopenhagen und Klagen der Stände Holsteins und der Lauenburger Ritterschaft am Bundestage waren die Antwort darauf. Und schließlich drohte der Bund mit Exekution in Holstein, wenn die Verfassung in Holstein in Kraft blieb (Februar 1858). Die Folge davon war, daß die dänische Regierung die Gesamtverfassung in ihrer Geltung für Holstein aufhob, das heißt: der Bundestag hatte unfreiwillig ein Dänemark bis zur Eider erzwungen. Der Streit verschärfte sich sofort, weil die deutschen Mächte jetzt um so mehr auf der Ausführung dessen bestanden, was Dänemark versprochen hatte, und weil der Bundestag mit steigender Gereiztheit für die Rechte des Bundeslandes Holstein eintrat; er verlangte, daß gesetzliche und finanzielle Maßnahmen in Holstein nur nach Genehmigung durch die Stände Geltung haben sollten, und drohte immer wieder mit Bundesexekution, wenn Dänemark nicht nachgebe.

Bald mischte sich von den Unterzeichnern des Londoner Protokolls besonders England in den Streit, um die dauernd

[1]) H. Greville S. 395. Esher, Lett. of Queen Victoria, S. 571—77. vgl. Graf Bernstorff S. 441, 488/9. Manthey, 20. Juni 1861. vgl. auch H. Kohl S. 88.

drohende Bundesexekution in Holstein wegen der möglichen, schlimmeren Folgen zu verhüten. Man war sich in London allerdings darüber klar, daß die Sache damit nicht erledigt war, wenn man die Achtung des Londoner Protokolls immer wieder verlangte, denn der Streit zwischen den deutschen Regierungen und Dänemark hatte sich zu einem unentwirrbaren Knäuel von gegenseitigen Anklagen verwickelt. Es mußte versucht werden, den unfruchtbaren Streit beizulegen, sonst konnten die gefährlichsten Konflikte in Nordeuropa daraus entstehen[1]).

Trotz aller Bemühungen der englischen Regierung kam es im Jahre 1864 schließlich doch zum Kriege zwischen Dänemark und den deutschen Großmächten. Die Politik Englands bis zum Ausbruche des Kampfes soll nun im folgenden dargestellt werden, um als Einleitung zu dem zweiten Teile dieser Arbeit zu dienen, welcher sich mit Englands Haltung während des Krieges zwischen Deutschen und Dänen befassen soll.

Kapitel I.

England und die dänische Frage bis zum Tode Friedrichs VII.

Die Politik Lord Russells von 1861–63.

In England waren seit 1859 die Liberalen am Ruder. Ihr Führer war der greise Lord Palmerston. Die Leitung der auswärtigen Politik lag in den Händen Earl John Russells (seit 1861 Lord). Bei der Natur dieser beiden Staatsmänner war eine energische Einmischung Englands in den deutsch-dänischen Streit sicher, um so mehr, da nach ihrer Ansicht wesentliche englische Interessen auf dem Spiele standen. Wie weit Königin Viktoria und Palmerston direkten Anteil an den diplomatischen Verhandlungen in den Jahren vor Ausbruch des Krieges hatten, läßt sich nicht feststellen. Man kann sogar mit Sicherheit annehmen, daß die Politik Englands in der dänischen Frage bis zum Jahre 1863 von Lord Russell im wesentlichen allein geleitet wurde, weil bis dahin keine folgenschweren Maßnahmen

[1]) Loftus II, 168 f. Thorsoe II, 780. Lord Russell, House of Commons, 12. April 1861; „1863", 88, 226 und öfter.

Englands in Frage kamen. Das änderte sich erst, als Bundesexekution und möglicherweise Krieg dicht bevorstanden.

Lord Russell sah seinen Beruf darin, zwischen den deutschen Großmächten und Dänemark zu schlichten, um die Gefährdung der Integrität Dänemarks und des europäischen Gleichgewichts abzuwenden.

Der Streit war, wie oben erwähnt wurde, daraus entstanden, daß die beiden Parteien die dänischen Versprechen von 1851/52 ganz verschieden auslegten. Weil Lord Russell die ganze Angelegenheit fast nur von diesem Gesichtspunkte [1]) aus behandelte, mußte er mit seinen Bemühungen scheitern. Es handelte sich nicht bloß um eine Meinungsverschiedenheit über den Sinn von Pflichten, die die eine Partei übernommen hatte. Der Kern der Frage war der nationale Gegensatz zwischen Deutschen und Dänen, welcher unüberbrückbar war [2]). Auf der einen Seite standen die Eiderdänen, deren Ziel die Einverleibung Schleswigs in Jütland war, und auf der anderen Seite erhob sich die deutsche nationale Bewegung, die sich für ein geeintes Schleswig-Holstein begeisterte.

Mit solchen Gegensätzen hatte es Lord Russell bei seinem Vermittlungsversuche zu tun, kein Wunder, daß er nichts erreichen konnte.

Er betrachtete es offenbar als eine Selbstverständlichkeit, daß ihm das Amt des Vermittlers gebührte [3]). Etwas von oben herab machte er den streitenden Parteien darüber Vorhaltungen, daß sie ihm durch Unnachgiebigkeit seine Aufgabe, ein Kompromiß herbeizuführen, unnötig erschwerten. Beide Gegner waren seiner Ansicht nach im Unrecht [4]), die Deutschen,

---

[1]) „1861" 140. „1863" 41, 46, 139, 140, 309, 346.

[2]) Das wußte Lord Russell auch bis zu einem gewissen Grade. Bitzthum II, 214 f., 187. House of Commons, 12. April 1861. „1863" 88. Er wurde durch den Vertreter in Hamburg, Ward, auch gut darüber unterrichtet.

[3]) House of Commons, 3. Mai 1861. House of Lords, 15. Mai 1863. „1863" 56, 159, 226. „1861" 80, 82, 140,

[4]) „1861" 49, 50, 140. „1863" 42, 161, 177, 180, 190, 206, 210 ff. House of Commons, 12. April 1861. House of Lords, 15. Mai 1863.

weil sie Ungebührliches forderten, und die Dänen, weil sie ihre Versprechen nicht halten wollten. Er erkannte vollkommen an, daß die Deutschen deren Erfüllung mit Recht forderten[1]); nur über den Inhalt war er anderer Meinung als sie.

Gemäß dem Wortlaut der dänischen Versprechen waren die deutschen Mächte berechtigt, Folgendes zu verlangen: eine organische Verbindung der vier Teile der dänischen Monarchie unter Wahrung ihrer Gleichberechtigung. Lord Ellenborough, der gewiß kein Freund der Deutschen war, erklärte am 15. Mai 1863 im House of Lords, daß diese Auslegung der dänischen Zusagen die einzig mögliche sei. Der preußische Minister des Auswärtigen bis Herbst 1861, Herr von Schleinitz, berief sich zwar immer auf jene Versprechen Dänemarks, aber er zog nie die volle Konsequenz daraus in seinen Forderungen. Seiner ganzen Politik in der dänischen Frage mangelte es überhaupt an Tatkraft; er scheute sich sichtlich, die heikle Frage aufzurollen[2]). Die schwedische Regierung ermunterte Dänemark im Gegensatze zu den deutschen Forderungen zur Verwirklichung des eiderdänischen Programms. Im März 1861 suchte sie auch die Mächte dafür zu interessieren[3]). Lord Russell wies den extremen Vorschlag, Holstein solle neutralisiert, also der Oberhoheit des Deutschen Bundes entzogen werden, rundweg zurück, nahm aber das eiderdänische Programm in seinem Vorschlage vom April 1861 bis zu einem gewissen Grade auf[4]): Deutschland und Dänemark würden zufriedengestellt sein, wenn Autonomie Holsteins, Selbstverwaltung Schleswigs und gleiche Behandlung der Nationalitäten von Dänemark zugestanden würde, und wenn die Mächte den Dänen dafür den Besitz Schleswigs garantierten. Es war der Zweck dieses Vorschlags, die Integrität Dänemarks gegen Eingriffe des Deutschen Bundes sicher zu stellen. Obgleich Lord Russell den eiderdänischen Wünschen recht weit entgegengekommen war, wurde er von Orla Lehmann, einem

[1]) „1861" 42, 81, 82. 140.

[2]) „1861" 13, 147. „1863" 6, 41, 49. Briefwechsel Bismarck-Schleinitz, 5. März, 21. Juni 1861.

[3]) St.-A. 731.

[4]) „1863" 41, 49, 56.

Hauptführer der Eiderdänen, dafür als tawse mand bezeichnet[1]). Schon nach wenigen Wochen ließ er den Vorschlag wieder fallen, da ihm die Mächte hauptsächlich wegen der Garantie Schleswigs Schwierigkeiten machten.

Mit einiger Mühe erreichten Lord Russell und die anderen Diplomaten im Frühjahr und Sommer 1861, daß Dänemark den holsteinischen Ständen in der Budgetfrage — in der der Gegensatz zwischen Deutschland und Dänemark zunächst ausgefochten wurde — scheinbar nachgab und dadurch dem Bundestage einen nochmaligen Aufschub der Exekution ermöglichte. Lord Russell brachte ferner direkte Verhandlungen zwischen den deutschen Großmächten und Dänemark zur Beilegung des gesamten Konfliktes in Gang. Sie begannen endlich im Herbst 1861.

Die beiden Parteien führten den Notenwechsel bis zum Frühjahr 1862 ergebnislos und in steigender Erbitterung weiter, da sie sich noch nicht einmal über den Ausgangspunkt der Verhandlungen einigen konnten. Graf Bernstorff, seit Herbst 1861 der Nachfolger des Herrn von Schleinitz, vertrat hierbei den deutschen Standpunkt äußerst energisch[3]). Er bestand zusammen mit der Wiener Regierung darauf, daß Dänemark die zehn Jahre zuvor übernommenen Verpflichtungen endlich erfülle, und daß die schleswigsche und holsteinische Frage gleichzeitig geordnet würden. Auch diese zweite Forderung war wohlberechtigt, denn wie sollte man die Stellung Holsteins in der dänischen Gesamtmonarchie richtig bestimmen, ohne Schleswig und die anderen Teile der dänischen Monarchie zu erwähnen! Dänemark weigerte sich, vor der Beilegung des Streites um Holstein über Schleswig zu verhandeln, und erst nach langem Zögern erklärte es im Frühjahr 1862, es gedenke seine Zusagen zu halten[4]). Die deutsche Auslegung derselben erkannte es damit jedoch nicht im mindesten an. Graf Bernstorff hatte in seinem Eifer für die deutsche Sache schon mit der Lossagung

[1]) Af Orla, Lehmanns Papirer, 27. April 1861.

[2]) „1863" 82/3 u. a.

[3]) „1863" 140, 144, 165/6, 171, 186, 250. Ringhoffer, „Bernstorff", S. 424—34, 492, 495/6.

[4]) St.-A. 319/20, 753, 758, 761, 764, 769/70.

Preußens vom Londoner Protokoll gedroht, wenn Dänemark seine Versprechen nicht halte[1]), denn Protokoll und Versprechen bedingten einander, so erklärte er. In seinem Ultimatum vom 22. August 1862 formulierte er seine Forderungen auf Grund des Notenwechsels vom Winter 1851 auf 1852 ganz konsequent, nachdem er mit einem inoffiziellen Vorschlage auf Teilung Schleswigs nirgends Gegenliebe gefunden hatte. Österreich ging in seiner Note vom 26. August nicht ganz so weit wie Graf Bernstorff[2]).

Lord Russell nahm mit Besorgnis wahr, daß die Ansprüche an Dänemark seit dem Amtsantritt des Grafen Bernstorff erheblich schroffer formuliert wurden[3]). Er widersprach ganz energisch, als Grafen Bernstorff die Möglichkeit erwog, daß alle in den Jahren 1851 und 1852 getroffenen Abmachungen hinfällig werden könnten, und daß dann die alte Verbindung zwischen Holstein und Schleswig wieder aufleben würde. Seiner Meinung nach hatten Österreich und Preußen nichts als die Erfüllung der von Dänemark eingegangenen Verpflichtungen zu verlangen. Für diese konstruierte er sich freilich eine Auslegung zurecht, wie sie ihm im Interesse der Integrität Dänemarks paßte[4]): Dänemark sei verflichtet, Schleswig nicht zu inkorporieren und ihm seine Provinzialverfassung zu lassen, endlich Deutsche und Dänen in Schleswig gleichmäßig zu behandeln. Als der Bundestag das energische Vorgehen Österreichs und Preußens in der schleswigschen Frage im Frühjahr 1862 offiziell billigte, stieg in Lord Russell sogar die Befürchtung auf, die deutschen Regierungen könnten es bei ihrer Forderung, Dänemark solle seinen Verpflichtungen nachkommen, auf die Vernichtung der Integrität Dänemarks abgesehen haben — sie machten bei ihrer Interpretation des Schriftwechsels des Winters 1851 52 allerdings nicht, wie Lord Russell, den Vorbehalt, Dänemarks Integrität dürfe dabei nicht verletzt werden. Ver-

[1]) „1863" 185.
[2]) „1863" 269, 271.
[3]) „1863" 177, 210, 235.
[4]) „1863" 177, vgl. Russells verschiedene Vorschläge. „1861" 67, 81, 82, 140, 149. „1863" 159, 235, 274. „1864" 394, 542, 641.

geblich versuchte Lord Russell nun die Mächte im April 1862 zu gemeinsamen Vorstellungen in Frankfurt, Wien und Berlin zu bewegen[1]). Zu gleicher Zeit wiederholte er seine Ratschläge an Dänemark, es solle die deutschen Regierungen doch endlich befriedigen[2]). Schließlich blieb Graf Bernstorffs energische Politik auf ihn nicht eindruckslos, und er machte nun seinen Vorschlag vom September 1862[3]) dahingehend, daß die vier Teile der dänischen Monarchie autonom nebeneinander treten sollten; die Beiträge zu den gemeinsamen Ausgaben der Monarchie sollten von ihnen immer auf zehn Jahre bewilligt werden. Die Leitung des Ganzen wollte Lord Russell der Regierung Dänemarks im Grunde allein vorbehalten.

In Kopenhagen war man entrüstet über diesen Vorschlag, der Dänemarks Integrität zuschanden mache. Graf Bernstorff dagegen war auch mit diesen Zugeständnissen noch nicht ganz zufrieden, weil die Herzogtümer in der Zentralverwaltung der Monarchie keinen rechten Einfluß haben sollten[4]). Bei der ablehnenden Haltung Dänemarks kam eine ernsthafte Diskussion von Lord Russells zweitem Vorschlage überhaupt nicht erst in Gang.

Die beste Lösung dieser Nationalitätsfrage wäre eine administrative Trennung von Deutschen und Dänen durch Teilung Schleswigs gewesen[5]), wie Graf Bernstorff sie Lord Russell nahegelegt hatte. Aber da hätte zweifellos die dänenfreundliche öffentliche Meinung in England Schwierigkeiten gemacht, und auch Lord Russell erklärte, daß die Teilung Schleswigs nur einen äußersten Notbehelf darstellen würde. Vermutlich befürchtete er eine Schädigung der Integrität Dänemarks davon[6]).

---

[1]) „1863" 226, 235.

[2]) „1863" 180, 190, 206, 217, 221.

[3]) Der Vorschlag ist wohl in Coburg auf einer Reise der Königin und Russells nach Deutschland entstanden, wie aus Loftus II, 232ff., Bernstorff S. 495 hervorgeht. Allerdings der Unterstaatssekretär Layard bestritt am 7. Juli 1864, daß der Vorschlag unter deutschem Einflusse entstanden sei. (House of Commons.)

[4]) „1864"

[5]) „1861" 67 — November 1860 gab Lord Russell das auch sogar einmal zu.

[6]) Loftus II, 204. Bernstorff 491, 495, vgl. S. 424—33. Thorsøe II, 831/2. vgl. „1863" 191.

Lord Russell erhob sich mithin in der Beurteilung der dänischen Frage keineswegs über die Anschauung der großen Masse der Engländer, wenn er die Teilung Schleswigs so gut wie ablehnte. Das berührt um so eigentümlicher, als er sich bisher bei jeder Gelegenheit als ein Vorkämpfer des Nationalitätsprinzips gezeigt hatte. Aber Dänemarks Integrität war der Alles überstrahlende Leitstern seiner Politik, und nur aus diesem Grunde ist es zu verstehen, daß er nicht die Unmöglichkeit einsah, in einem nationalen Interessen- und Ideenkampfe mit Erfolg zu vermitteln. Nur so ist es einigermaßen begreiflich, daß er sich schmeicheln konnte, mit seinen unpraktischen Vermittlungsvorschlägen allen Beteiligten gerecht geworden zu sein.

Die öffentliche Meinung Englands in ihrer Haltung zur dänischen Frage und zur deutschen Einheitsbewegung.

Die öffentliche Meinung Englands ist soeben ganz flüchtig gestreift worden. Ihr soll weiterhin besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden, weil sie in dem parlamentarisch regierten Lande einen gewaltigen Einfluß auf den Gang der auswärtigen Politik ausübt. Die leitenden Männer haben sich nach der allgemeinen Stimmung auch in der äußeren Politik zu richten, selbst in Kleinigkeiten, und wenn sie es nicht tun, so ist der Konflikt im Innern fertig. Meist endet er damit, daß die Opposition sich ans Ruder bringt. Viel verwickelter gestaltete sich die Lage in England während des Jahres 1864, weil sich die Krone und die Kabinettsmehrheit mit der Minderheit im Kabinett entzweiten, ein Streit, der durch das Hinzutreten der sehr energisch geäußerten Volkswünsche und der parteipolitischen Quertreibereien gründlich kompliziert wurde. Die öffentliche Meinung spielte in diesem Kampfe eine hervorragende Rolle. Wie mehrfach bemerkt wurde, stand sie vollkommen auf Seiten der Dänen. Den besten Beweis dafür liefern die Äußerungen der wenigen deutschfreundlichen Engländer[1]), die sich vergeblich

[1]) vgl. Germ. Denm. & the Skand. Union 1861. O. Wenckstern 1863. P. Matthew 1864. The Dano-German Conflict and Lord Russells Proposal of Sept. 24th 1862. An Old Englishmans Opinion 1864.

zu Deutschlands Gunsten einsetzten; sie wurden zu ihrem großen Bedauern einfach überhört, wenn nicht sogar scheel angesehen. Ihre Meinung ist daher an dieser Stelle nicht von Belang, wo es sich darum handelt, die Anschauungen der großen Masse der Engländer über den Streit der Deutschen mit den Dänen darzulegen[1]).

Seit 1848 hatten Zeitungen, politische Flugschriften, Reiseberichte und Zeitschriften England gegen Deutschland in der schleswig-holsteinischen Frage beeinflußt. Das Bild, welches diese dänenfreundliche Literatur entwarf, war natürlich höchst einseitig und verzerrt; es war aber nichtsdestoweniger allein maßgebend für das englische Publikum.

Es konnte kaum ausbleiben, daß sich der Engländer für das „freie" Dänemark gegenüber dem „reaktionären" Deutschland begeisterte. Der Charakter des Landes und des Volkes Art, dazu die freiheitliche Verfassung mutete ihn heimatlich an, wenn er dem kleinen nordischen Lande einen Besuch abstattete. Nirgends könnten die Deutschen sicherer und ungebundener leben als im freien Dänemark, so versicherten alle die Dänenfreunde mit Nachdruck — von dänischer Bedrückung der deutschen Minderheit wußten sie nichts. Darum waren sie tief entrüstet, daß die undankbaren Deutschen in den Herzogtümern mit den ihnen verliehenen ständischen Freiheiten unzufrieden seien und gestützt auf „obsolete" Dokumente den Ruf nach einem geeinten Schleswig-Holstein erhoben. Sei es da zu verwundern, daß die Eiderdänenpartei als Opposition gegen die ungerechten Ansprüche der Deutschen entstand?

Ein Teil der Schuld an der bedauerlichen Verhetzung der deutschen Untertanen des dänischen Königs wurde den Herzögen

[1]) In der folgenden Schilderung sind durchgehend benutzt: „Germany Unmasked" 1848, „On Nationality and Language"; 1851, „Samuel Laing"; 1857, „Reflections on the Integrity . . ."; 1861, „Schleswig", Ch. A. Gosch: „The Nationality of Schleswig" und „Denmark & Germany"; Frasers Magazine 1848; Westminster Review 1849; Blackwood's Magazine 1850; Brit. Quat. Rev. 1861; National Review, Januar 1863; Bentleys Miscell., Juli 1863; Colburns Monthly Mag., Oktober, November 1863; Dublin Univ. Mag., Mai 1863. vgl. auch Arnliot Gellina, „The Skandinavian Question", 1857. Die im Jahre 1864 erschienene Literatur ist für diese Schilderung nicht verwendet worden. Wäre es geschehen, so würde das Bild durch sie keinesfalls verändert worden sein.

von Auguſtenburg beigemeſſen, die bei der Wahrung ihres „angeblichen“ Erbrechtes nur an den eigenen Vorteil dachten und dem Könige deshalb ſkrupellos die Treue brachen. Im übrigen hielt man die höheren Kreiſe der Bevölkerung, die Studierten, welche durch die Kieler Univerſität gegangen waren, und die großen Landbeſitzer für die Träger der revolutionären Bewegung. Sie ſeien durch wirtſchaftliche Intereſſen und Familienbande oder durch die Gemeinſamkeit der politiſchen Ideen mit Deutſchland verbunden, und von dort aus werde dauernd in den Herzogtümern geſchürt und gewühlt. Das ſei an der Maſſe der Holſteiner ſchließlich nicht ſpurlos vorübergegangen, aber die Deutſch-Schleswiger ſeien mit geringen Ausnahmen zufriedene Untertanen der däniſchen Krone geblieben, ſo ſuchte man zu beweiſen.

Ohne die fortwährende Wühlerei der deutſchen nationalen Partei wäre es auch in Holſtein nie ſo weit gekommen, davon waren die Dänenfreunde feſt überzeugt. Man war deshalb auf die deutſche Einheitsbewegung nur um ſo ſchlechter zu ſprechen — Verſtändnis fand ſie ohnehin nicht. Sie wurde anfangs ganz verſchieden beurteilt. Samuel Laing ſah in dem Streben nach deutſcher Einheit nur die Hirngeſpinſte überſpannter Ideologen, „Profeſſoren“, die die Welt umgeſtalten möchten[1]). Andere[2]) wieſen demgegenüber auf den recht realen Untergrund hin, den die ſogenannte „Ideenbewegung“ habe. Es verberge ſich hinter den hochtönenden Worten nur der Wunſch des Zollvereins mit Preußen an der Spitze, ſeinen Machtbereich möglichſt auszudehnen[3]), um ſich an Nord- und Oſtſee zugleich als ſtarke Handels- und Seemacht feſtzuſetzen. Beide Richtungen fanden ſich aber einmütig zuſammen in der Beſorgnis vor den Machtgelüſten des geeinten Deutſchland, mochten nun die einen als Triebkraft zur Einheit die nationalen Ideen, oder die anderen den Wunſch des norddeutſchen Zollvereins nach wirtſchaftlicher und politiſcher Macht bevorzugen. Alle ſtimmten überein, die Deutſchen griffen in Deutſchland nur ein, um Kiel als Stütz-

[1]) Blackwood's Edinborough Mag. 1850.

[2]) Germany Unmasked.

[3]) Westminster Review 1849, nach der Anſicht des Schreibers verfolgte der Zollverein damit aber keine wirtſchaftlichen Ziele.

punkt der deutschen Zukunftsflotte in die Hand zu bekommen! Vom Palmerston[1]) bis zum Pamphletisten herrschte über die Zwecklosigkeit dieser deutschen Flotte volle Einmütigkeit. Die Engländer fühlten offenbar, daß ein Mitbewerber an Handels- und Seemacht zu erstehen drohte, und das konnten sie nicht vertragen. Nur so ist es zu erklären, daß sie der deutschen Nationalbewegung von Anfang an feindlich gegenüber traten, während sie sonst regelmäßig für Einheit und Freiheit der Nationen zu schwärmen pflegten. Um 1848 trug der Ärger über den Zollverein zweifellos dazu bei, den Haß gegen Deutschland und besonders gegen Preußen zu schüren, denn der Zollverein trieb eine dem englischen Kaufmanne ungünstige Schutzzollpolitik[2]); dehnte er sich weiter über Norddeutschland aus, so verkleinerte sich das der englischen Einfuhr offene Gebiet in Mitteleuropa. Daran hatte man sich in England zu gewöhnen, aber der Haß gegen die deutsche Einheitsbewegung blieb, weil ihre ehrgeizigen Ziele immer neues Mißtrauen hervorriefen. Die Aufregung über die imaginäre deutsche oder preußische Flottenstation in Kiel und über den geplanten großen Kanal vom Kieler Hafen zur Elbe ist nur aus der Besorgnis zu erklären, die man vor jedem Konkurrenten in Handels- und Seemacht hatte. Erschwerend kam selbstverständlich hinzu, daß die Deutschen die Integrität Dänemarks zerstören wollten. Sie galt den Engländern nun einmal im eigenen Interesse für notwendig. Man kann nicht sagen, daß die englischen Schriftsteller deren Notwendigkeit sehr zureichend zu begründen pflegten; genug, daß sie davon überzeugt waren und blieben, trotz aller Proteste der deutschfreundlichen Engländer. Häufig äußerte sich der Ingrimm über Deutschland in geringschätzigem Spott; doch ist eine gewisse innere Beunruhigung auch darin meist nicht zu verkennen. Alle schöne Begeisterung für Freiheit und Einheit der Nationalitäten verließ die große Masse der Engländer spurlos bei dem Gedanken an das Aufkommen eines Konkurrenten.

Unter diesen Umständen gab man sich natürlich keine Mühe, den deutschen Gedankengang in der dänischen Frage zu

[1]) House of Commons, 23. Juli 1863.
[2]) Pauli III, 343.

begreifen. Man beruhigte sich dabei, daß wegen der Intriguen und Wühlereien der deutschen Nationalpartei alle „liberalen" Maßnahmen des dänischen Königs vor 1848 wie nachher erfolglos bleiben mußten, nahmen doch die Holsteiner die liberale Verfassung von 1848 zum Anlaß für den Aufstand! Man konnte sich deshalb in moralischer Entrüstung über die Deutschen kaum genug tun: durch falsche Gründe, durch Aufpeitschung des Enthusiasmus sei der Aufstand genährt worden, „by all that can lead schoolboys into the battlefield"[1])!

Ferner wurde ausführlich dargestellt, wie bereitwillig Dänemark den ungerechten Forderungen Österreichs und Preußens im Winter 1851 auf 1852 nachgekommen sei. Es habe einige, allerdings „ganz unverbindliche", Erklärungen abgegeben, welche Stellung es den Herzogtümern zu geben gedenke, aber es habe durchaus nicht das versprochen, was die Deutschen aus den Äußerungen der dänischen Regierung herauszulesen versuchten. Im Jahre 1855 habe Dänemark die von ihm verlangte Gesamtverfassung gegeben — sie fiel natürlich „liberal" aus — aber alle Versöhnlichkeit sei von den Deutschen mißachtet worden: Der Bundestag sei von den Holsteinern und den deutschen Großmächten mobil gemacht worden, um die soeben geschaffene Verfassung wieder zu beseitigen.

Es wurde in England höchst mißfällig aufgenommen, daß der Bundestag sich eifrig für Holsteins verfassungsmäßige „Rechte" abmühte, aber in analogen Fällen in Deutschland, zum Beispiel in der hessischen Frage keinen Finger rührte. Es war nur natürlich, daß die englischen Publizisten sich in bissigen Ausfällen ergingen, weil Österreich sich für eine nationale Frage einsetzte, und Preußen zur Zeit seines Verfassungskonfliktes das Recht der Holsteiner eifrig verfocht. Der Grund aller dieser Ungereimtheiten schien klar zutage zu liegen; Österreich und Preußen hofften durch energisches Vorgehen gegen Dänemark ihrem Prestige wieder aufhelfen zu können, das durch den Krimkrieg gelitten hatte, und Preußen insbesondere hoffte so über seine inneren Schwierigkeiten besser hinwegzukommen. Die eine

[1]) S. Laing 66.

Frage drängte sich dem Engländer immer wieder auf: Wenn die Deutschen schon Einheit im Bunde schaffen wollen, warum fangen sie dann nicht damit an, im eigenen Hause Ordnung zu schaffen, und belästigen ihren schwachen Nachbarn? Mit Pathos pflegten die Publizisten des Rätsels Lösung aufzutischen: Die dänische Frage soll der deutschen nationalen Bewegung gerade als Brücke zur deutschen Einheit dienen. Das beraubte Dänemark soll dem zu gründenden skandinavischen Reiche überlassen werden, mit dem Deutschand verbündet als Großmacht in die Reihe der ersten Staaten treten könnte.

Das alles war offenbar hochbedenklich und äußerst gefährlich, und man verlangte von der englischen Regierung, daß sie Dänemarks Integrität mit größter Energie gegen die ungerechten Angriffe verteidigte — und doch, es wurde dem Engländer nur allzu schwer, die hochfliegenden Pläne der Deutschen ganz ernst zu nehmen; noch im Januar 1863 schrieb die „National Review" sehr geringschätzig: Glücklicherweise bestehe die einzige Gefahr für Dänemark in Unfreundlichkeiten des Deutschen Bundes.

Das ist der Gedankengang, welcher die dänenfreundliche Literatur bis zum Beginne der entscheidenden Verwicklung und auch während des Krieges beherrscht. Abweichungen in der Darstellung sind im einzelnen natürlich zahlreich. Zweifellos beruhten manche Entstellungen der Tatsachen, von denen jene Schriften voll sind, nicht auf bösem Willen. Mehr als einem Publizisten fehlte es an gründlicher Sachkunde; oder wenn das nicht der Fall gewesen sein sollte, so hatten sie alle insgesamt bei der blinden Voreingenommenheit für Dänemark kein Verständnis für den hinreißenden Schwung der deutschen Nationalbewegung. Die hohe und reine Begeisterung der Deutschen und der Schleswig-Holsteiner für ihre „gute Sache" wurde in der Auffassung der Dänenfreunde zu einem Gemisch von rastlosem Ehrgeiz und Bosheit. Kein Wunder, daß sie die Urteilsfähigkeit darüber verloren, wie Recht und Unrecht sich auf beide Parteien verteilte. Das Schlimme war, daß die Dänen systematisch für die Verbreitung der ihnen genehmen „Tatsachen" sorgten[1]).

[1]) vgl. Nationality and Language in Schleswig, Gosch, den Schweden A. Gellina und andere.

Der allgemein verbreitete Glaube, daß in Schleswig däniſches Weſen noch bei weitem überwiege, und daß es den Deutſchen in den Herzogtümern ſehr gut ginge, kommt auf das Konto der Berichterſtattung der Dänen in erſter Linie.

Die Frage, ob und inwieweit Tatſachen in der däniſchen oder dänenfreundlichen Publiziſtik abſichtlich entſtellt worden ſind, ſoll uns nicht weiter beſchäftigen. Die Möglichkeit iſt ſelbſtverſtändlich nicht immer von der Hand zu weiſen.

Einige Beiſpiele mögen noch genauer zeigen, wie eigenartig mit den deutſchen Argumenten vielfach umgegangen wird. Es iſt auffallend, wie ſchnell mancher Publiziſt mit dem vernichtenden Urteil über das Auguſtenburger Erbrecht an der Hand iſt, und welche Sorgfalt er auf die Erörterung der Glücksburger oder Oldenburger Anſprüche verwendet. Weiter die Verbindlichkeit der Zuſagen, welche Dänemark den deutſchen Mächten im Winter 1851 auf 1852 gab, und das daraus mit Notwendigkeit zu folgernde Recht der deutſchen Mächte, in den däniſchen Verfaſſungsfragen mitzuſprechen, wurde gelegentlich rundweg beſtritten, und zwar wurde es ungenügend gewürdigt, daß die deutſchen Mächte Holſtein der däniſchen Regierung erſt wieder auslieferten, nachdem ſie zufriedenſtellende Erklärungen erhalten hatten; ſie räumten Holſtein in der Vorausſetzung, daß Dänemark ſeine Zuſagen erfüllen würde. Man wird bei dieſer Lage der Dinge nur ſagen können, daß eine bindende Verpflichtung Dänemarks vorlag, auch wenn kein förmlicher Vertrag geſchloſſen wurde. — Auch bei der Erklärung des Inhaltes der däniſchen Verpflichtungen wurde willkürlich verfahren. Man überſah in dem Schriftwechſel des Winters 1851 auf 1852 gefliſſentlich die Tatſachen, auf welche ſich die Deutſchen beriefen, oder man bewertete ſie wenigſtens geringſchätzig. — Es galt endlich als ausgemacht, daß Dänemarks Verfaſſungsbeſtrebungen von liberalem Geiſte erfüllt ſeien — das ſoll auch nicht beſtritten werden, wenn man nur den Wortlaut der Verfaſſungen zugrunde legt — leider vermißt man aber überall eine Darlegung, daß die Deutſchen die liberalen däniſchen Verfaſſungen nicht brauchen konnten, weil ſie durch dieſe jeden Einfluſſes beraubt wurden.

Zu welchen Absurditäten man sich in wütendem Deutschenhasse verstieg, das möge an einigen Beispielen gezeigt werden. Ein Publizist[1]) konnte nicht einsehen, warum die Deutschen ein einiges Reich zu gründen trachteten, denn seiner Ansicht nach beruhte Deutschlands Stärke in der Zerrissenheit, seine Einheit würde Schwächung bedeuten! An einer anderen Stelle vergaß er ganz mitzuteilen — ob aus Unkenntnis oder Böswilligkeit, soll dahingestellt bleiben, weil das Produkt seines Geistes von wütendem Deutschenhasse erfüllt ist —, daß es Lord Palmerston war, welcher die Teilung Schleswigs am 23. Juni 1848 vorschlug. Es konnte also kaum ausbleiben, daß allein die Deutschen unnötig in Verdacht kamen.

Für Samuel Laing[2]) übertraf die Schlacht bei Idstedt die größten Ereignisse der neueren Geschichte an Bedeutung bei weitem. Wurde doch durch sie die Herrschaft der machtlüsternen „Professoren" abgewendet, welche eine noch größere Gefahr für die Menschheit bilden, als es bei der mittelalterlichen Hierarchie der Fall war. Ferner bedeutete der Zusammenbruch der schleswig-holsteinischen Erhebung für ihn ein Fiasko des preußischen Systems mit seinen „Rekrutenheeren". Jedoch die Krone setzte er Allem auf mit folgender staatsrechtlichen Erörterung: Schleswig-Holstein sei ein so unsinniger Begriff wie Yorkshire-Holstein oder Vereinigte Staaten-Holstein. Sollten etwa New York und Philadelphia bloß wegen der Tatsache, daß es dort deutsche Einwohner gibt, nach deutschem Rechte regiert und gar in Deutschland inkorporiert werden? Diese Art der Beweisführung kehrt auch in den Schriften von Sergeant Manning und Francis Aubert wieder, wenngleich in gemilderter Fassung. Der Verdacht liegt also nahe, daß sie sich von Samuel Laing's politischer Weisheit haben imponieren lassen.

Die dänenfreundliche Publizistik sprach tatsächlich nur aus, was das englische Volk empfand. Das beweisen neben den Klagen der deutschfreundlichen Engländer auch die Beobachtungen, welche Männer wie Theodor von Bernhardi, Graf Vitzthum und Graf Bernstorff in England machten.

[1]) Reflections on the Integrity . . . S. 29 ff.
[2]) S. 240 f., 63.

Man kann also nicht sagen, daß die Ansichten einiger extravaganter Zeitungsschreiber und Agitatoren zur öffentlichen Meinung Englands in dieser Schilderung gestempelt worden seien.

Die dänische Frage im Parlamente 1861—63.

Einen treffenden Ausdruck fand die Stimmung der großen Masse der Engländer im Parlamente. Hervorzuheben ist aber, daß auch die schärfsten Gegner sich bemühten, objektiv zu bleiben, soweit das eine ausgesprochene Parteinahme eben erlaubte. Man bedauerte die Mißgriffe der Dänen in Schleswig[1]) — nur Sir Morton Peto tischte ganz nach Art vieler Publizisten die Behauptung auf, den Deutschen könnte es unter dänischer Herrschaft garnicht besser gehen[2]). Die Schuld an der ernsten Lage maß man den Holsteinern[3]) zu, die es durch Ablehnung der Gesamtverfassung den Dänen unmöglich machten, ihre im Winter 1851 auf 1852 gegebenen Versprechen zu erfüllen. Den eigentlichen Grund für das Vorgehen gegen Dänemark sah man in den ehrgeizigen Wünschen der Deutschen nach einer Flotte[4]) mit dem Stützpunkte in Kiel, und als der Haupttreiber dabei galt Preußen.

Bemerkenswert ist, daß die liberalen Minister den Sprechern der Tories an Sympathie für Dänemark nicht nachstanden. Die Lords Palmerston und Russell[5]) sprachen sich ebenso scharf für die Erhaltung der Integrität Dänemarks aus wie die Lords Ellenborough und Derby und Mr. Seymour Fitzgerald. Die Freundschaft für Dänemark war also nicht auf eine Partei beschränkt.

Hingegen saßen die Freunde der Deutschen vorzugsweise unter den Liberalen. Von ihnen sprach Sir Harry Verney

[1]) House of Lords, Lord Wodehouse, 18. März 1861, 15. Mai 1863; Lord Ellenborough, Lord Derby, 15. Mai 1863. House of Commons, Lord H. Vane, 12. Mai 1861.

[2]) House of Commons, 3. Mai 1861, 12. Juli 1861.

[3]) House of Lords, Lord Derby, Lord Wodehouse, 15. Mai 1863.

[4]) House of Lords, Lord Ellenborough, 18. März 1861. House of Commons, H. Baillie, 12. April 1861.

[5]) House of Commons, 23. Juli 1863. House of Lords, 15. Mai 1863.

1861 mehrfach für die deutsche Sache, ohne daß sich ein Eindruck davon auf das Parlament und die Minister feststellen ließe. Auch Lord Robert Montagu's[1]) Versuch am 18. Juni im House of Commons blieb ganz erfolglos, den Wert des Londoner Protokolls als nichtig zu erweisen, weil England bei seinem Abschlusse nur Rußlands Arbeit getan habe. Es fand sich nicht einmal die nötige Anzahl von Stimmen, um eine Debatte darüber herbeiführen zu können. Am 12. Juli 1861 kam es zu einer Besprechung der Sache; aber Lord Russell ging der Antwort auf die Frage, wie es sich um die Geschichte des Londoner Protokolls verhalte, einfach aus dem Wege und verlor sich in Mitteilungen über den damaligen Stand der schleswig-holsteinischen Frage. — Darin liegt ohne Zweifel ein Eingeständnis, daß die Gegner des Protokolls nicht ganz unrecht hatten. — Ganz am Schlusse seiner Rede bemerkte er schließlich, daß das Protokoll doch seinen Wert habe, da es unmäßige Ansprüche an Dänemark von irgend einer Seite her unmöglich mache; so dachten sicher auch seine Anhänger. Der Angriff Lord Robert Montagu's fand, wie Bernhardi[2]) mitteilt, wenig Beachtung, denn er stützte sich auf Schriften Urquhart's, den man nicht immer ganz ernst nahm.

Am 15. Mai 1863 unterzog man im House of Lords die Vermittlungsvorschläge Lord Russells einer Kritik. Bei der dänenfreundlichen Stimmung wurden sie natürlich nur danach beurteilt, ob sie für die Dänen günstig waren. Der Vorschlag vom April 1861 fand Zustimmung, er bilde eine gute Basis für die Beilegung des Streites. Man war nicht damit einverstanden, daß Lord Russell davon ohne genügenden Grund zurückgetreten sei, und widersprach dem Vorschlag vom September 1862 sehr heftig, weil er Dänemarks Integrität bedrohte[3]); durch den unvermeidlichen Streit über das zehnjährige Normalbudget würde Dänemark lahmgelegt werden; auch sei die vorgeschlagene Verleihung von Autonomie an Schleswig ein Unrecht,

[1]) House of Commons, 18. Juni 1861, 12. Juli 1861.

[2]) Bernhardi, 27. Januar 1864. „Morning Herald", 20. April 1864.

[3]) vgl. auch G. Saintsbury, S. 136, über Lord Derbys Meinung im Oktober 1862.

weil Dänemark dadurch unnötig geschwächt würde. Lord Russell wurde endlich darauf hingewiesen, daß Dänemark kurz zuvor in eine Politik eingelenkt hatte, welche seinem Vorschlage vom April 1861 entsprach.

König Friedrich VII. von Dänemark hatte nämlich am 30. März 1863 eine Sonderverfassung für Holstein publizieren lassen; sie bedeutete den offiziellen Bruch Dänemarks mit der von den deutschen Regierungen verlangten Gesamtstaatsverfassung und war der Anfang zu einer Neuordnung der dänischen Monarchie im Sinne der Eiderdänen. Die Verletzung der im Jahre 1851 gegebenen Versprechen wurde noch größer dadurch, daß die neue Verfassung den Ständen Holsteins nicht zur Genehmigung vorgelegt wurde; im übrigen wahrte sie in ihren einzelnen Bestimmungen die Autonomie Holsteins nicht genügend.

Die Politik Palmerstons und Russells im Sommer 1863.

Lord Russell hatte es den Dänen sehr verübelt, daß sie seinen Vorschlag vom September 1862 so hochmütig ablehnten[1]). Das März-Edikt Friedrichs VII. konnte ihn nicht umstimmen. Gegenüber allen Angriffen auf seine Politik bestand er am 15. Mai im Hause der Lords darauf, daß er mit seinem September-Vorschlage den Deutschen wie den Dänen gerecht geworden sei. Er glaubte, die übertriebene deutsche Forderung einer organischen Gesamtstaatsverfassung — welche die dänische Mehrheit des gebührenden Einflusses in der Monarchie beraubt hätte — glücklich vermieden zu haben, und dennoch seien die Deutschen mit der vorgeschlagenen Regelung zufrieden gewesen. Auf der anderen Seite hatte er Dänemarks eiderdänische Wünsche mit Rücksicht auf Deutschland unerfüllt gelassen, aber er hoffte der dänischen Regierung mit dem Vorschlage eines Normalbudgets für Dänemark und die Herzogtümer die nötigen Mittel dargeboten zu haben, um die Stellung der Monarchie nach außen kräftig zu wahren. Durch die Ablehnung des September-Vorschlages mußte sich Dänemark seiner Meinung nach in größte Ungelegenheiten mit ganz Deutschland bringen. Es habe sich

[1]) „1863" 303, 309, 332. „1864" 36.

in den Jahren 1850 bis 1852 die Einmischung Deutschlands in dänische Angelegenheiten nun einmal aufgeladen und müsse daher auch die Folgen tragen.

Lord Russell billigte also die kühne Politik der Eiderdänen nicht. Trotzdem unternahm er nichts, sie daran zu hindern. Eine Mahnung zur Vorsicht war das einzige, wozu er sich aufraffte[1]). Er äußerte ausdrücklich, er habe die Lust zu Ratschlägen an Dänemark verloren, nachdem er im Winter 1862/63 von ihm so rücksichtslos abgefertigt worden sei[2]).

Man wird diese Erklärung, mit der Lord Russell seine passive Haltung begründete, für wenig glücklich halten können, sie zeugt zum mindestens nicht von politischem Scharfblicke. Er hätte sich sagen müssen, daß sofortiges Einschreiten gegen Dänemark das einzige Mittel war, um den Ausbruch eines scharfen Konfliktes zwischen Dänemark und Deutschland zu verhüten. Statt dessen legte er grollend die Hände in den Schoß.

Es wäre ihm allerdings nicht möglich gewesen, gegen Dänemark energisch vorzugehen, denn nicht nur die Tories, sondern auch namhafte Anhänger und Mitglieder der Regierung waren gegen den September-Vorschlag[3]). Lord Palmerston soll von dem Vorschlage erst nachträglich erfahren haben, und mit ihm gar nicht einverstanden gewesen sein[4]). Außerdem war die allgemeine Dänenfreundlichkeit in England Anfang 1863 noch gestiegen. Prinz Eduard von Wales hatte die Tochter des „Protokollprinzen", Christians von Glücksburg, als Gemahlin heimgeführt, und dieses freudige Ereignis hatte die Teilnahme der Engländer für Dänemark auf das stärkste wachgerufen, so berichten alle Zeitgenossen übereinstimmend[5]). Es kam hinzu,

[1]) „1864" 36.

[2]) „1864" 17, 117.

[3]) Lord Wodehouse, House of Lords, 15. Mai 1863. Layard s. Neergaard II, 554.

[4]) Malmesbury III, 154, 159.

[5]) Bernhardi V, 273. Bitzthum 198 (207—8). Leaves from the Diary of H. Greville IV 104—6, 110. Die freundlichen Willkommensgrüße in den englischen Zeitschriften: Leisure Hour, Mai 1863, National Review, Jan. 1863, Dublin Univ. Mag., Mai 1863, s. auch Bentleys Miscell., Juli 1863.

daß die jugendliche Prinzessin aller Herzen im Sturme eroberte. Zweifellos hätte Lord Russell mit großen Schwierigkeiten im Kabinett und im Parlamente zu kämpfen gehabt, wenn er es gewagt hätte, in Kopenhagen eine energische Pression zu unternehmen. Gleichwohl ist seine Politik mit einem Hinweise hierauf nicht ganz zu erklären. Lord Russell hat offenbar auch vorher nie daran gedacht, der dänischen Regierung irgendeine Lösung der schleswig-holsteinischen Frage aufzudrängen und vielmehr jede Regelung von Dänemarks freiwilliger Zustimmung abhängig gemacht[1]). In seinem passiven Verhalten gegenüber Dänemark mag er daher durch die öffentliche Meinung und durch parlamentarische Rücksichten bestärkt worden sein, doch kann man nicht sagen, daß er nur durch die Lage in England an kräftigem Auftreten gegen Dänemark gehindert worden sei[2]).

Die Vorgänge in Deutschland lenkten seine Aufmerksamkeit bald ganz von Dänemark ab. Er nahm mit Besorgnis wahr, daß die deutschen Regierungen eine für Dänemark bedrohliche Haltung einzunehmen begannen.

Ganz Deutschland hallte wieder von Entrüstung über das rücksichtslose Vorgehen der Eiderdänen. Auch der Bundestag geriet in Bewegung. Er schien zu Exekution entschlossen zu sein, um die Rücknahme des März-Edikts und den Erlaß einer Gesamtstaatsverfassung zu erzwingen.

Der geplante Bundesbeschluß enthielt ohne Zweifel eine Überschreitung der Bundeskompetenz[3]). Dänemark hatte sich

[1]) „1863" 254, 328, 332.

[2]) Sybel, III, 78/9, stellt die Sache so dar, als ob Lord Russell sich durch das energische Auftreten der dänischen Regierung habe abschrecken lassen, auf Nachgiebigkeit zu dringen, und deshalb seine Mahnungen hinfort an Deutschland gerichtet habe. — Wie wir sahen, wird die Lage in England Lord Russells passive Haltung gegenüber Dänemark mitbewirkt haben; seine Wendung gegen Deutschland wurde dadurch bewirkt, daß Deutschland gegen Dänemark aggressiv zu werden drohte, und dagegen glaubte er einschreiten zu müssen. vgl. d. Folg.

[3]) Die englischen Darstellungen sind häufig unzuverlässig in den bundesrechtlichen Fragen. Abgesehen hiervon sind die politischen Zusammenhänge häufig schief dargestellt, von Ungenauigkeiten in der Erzählung von Tatsachen zu schweigen; s. Th. H. Dyer, Malleson, Archer, Palmer, Lee, H. Paul u. a.; vgl. gelegentliche Beweise weiter unten.

als souveräne Macht gegenüber Österreich und Preußen verpflichtet, eine organische Gesamtstaatsverfassung für alle seine Lande einzuführen. Wenn der Deutsche Bund, in dessen Namen Österreich und Preußen gehandelt hatten, daher seinen berechtigten Wünschen Nachdruck verleihen wollte, so mußte es mit den Mitteln internationaler Politik geschehen, das heißt im schlimmsten Falle mit Krieg. Dagegen bedeutete der Versuch, der dänischen Gesamtmonarchie eine Verfassung mit Hilfe von Bundesexekution aufzudrängen, einen Eingriff in die Angelegenheiten einer souveränen Macht. Exekution konnte nur bei inneren Bundesangelegenheiten als Zwangsmittel zur Anwendung kommen, aber diese Grenze hat der Bundesbeschluß nicht beachtet. Auch die Worte, daß „zur Aufrechterhaltung der verletzten Rechte, was die Herzogtümer Holstein und Lauenburg betrifft" mit Exekution vorgegangen werden sollte, können darüber nicht hinwegtäuschen, denn um diesen Herzogtümern die ihnen zukommende Stellung in der dänischen Monarchie zu geben, mußten Schleswig und Jütland in Mitleidenschaft gezogen werden, und das war unzulässig. Daher war die Rücknahme des März-Edikts und die Einführung einer Provinzialverfassung in Holstein mit genügenden konstitutionellen Freiheiten das einzige, was der Bundestag von Rechts wegen fordern und nötigenfalls mit Exekution erzwingen konnte. Alles übrige war durch Verhandlungen internationalen Charakters und wenn nötig durch Krieg zu regeln.

Lord Russell war tief beunruhigt, daß am Bundestage und überhaupt in Deutschland die nationale Bewegung mit ihrem Radikalismus immer mehr an Macht gewann. Schon Ende Mai sandte er deshalb eine Warnung nach Deutschland, die Angelegenheiten Schleswigs dürften mit denen Holsteins nicht vermengt werden, denn Schleswig gehe den Bund nichts an[1]). Es kam ihm auch der Gedanke, man könnte die Exekution absichtlich als ein Mittel benutzen, um sich in Schleswig einzumischen. Er richtete aus diesem Grunde am 9. Juni an den Bundestag eine scharfe Anfrage[2]).

---

[1]) „1864" 65, 66, 69.
[2]) „1864" 77.

Der Bundestag ließ sich durch Lord Russell von den geplanten Maßnahmen nicht abbringen. Am 9. Juli wurde das Ultimatum an Dänemark beschlossen. Die dänische Regierung solle binnen 6 Wochen das März-Edikt zurücknehmen und eine Gesamtverfassung in die Wege leiten, widrigenfalls Bundesexekution erfolgen würde.

Lord Palmerston beurteilte die Politik der deutschen Regierungen ebenso ungünstig wie Lord Russell. Die Öffentlichkeit sollte darüber im Juli 1863 hinreichend Klarheit erhalten. Mr. Seymour Fitzgerald äußerte ihm gegenüber am 23. Juli 1863 im Unterhause die Befürchtung, daß Lord Russell nicht mit der nötigen Energie für die Integrität Dänemarks eintrete, denn Russell habe die bisher von England und Frankreich bekämpften Ansprüche des deutschen Bundes durch seinen Septembervorschlag sanktioniert. Dänemark habe, als es sich also von England verlassen sah(!), einen entscheidenden Schritt mit dem Erlaß des März-Edikts getan; es habe alle seine Verpflichtungen mehr als erfüllt und sei daher entschlossen, der drohenden Bundesexekution zu widerstehen. Wenn die Mächte nun dem Bunde das Recht absprechen würden, sich auf Grund angeblicher Bundesrechte in Schleswig einzumischen, so könnte die der Integrität Dänemarks drohende Gefahr wohl beschworen werden.

Lord Palmerston sprach sich in seiner Antwort über die Lage in Deutschland, insbesondere über die deutsche Nationalbewegung genau so aus, wie die zahlreichen Dänenfreunde, welche im Parlamente und in der Presse zu Worte kamen. Er war voller Argwohn gegen Deutschland und insbesondere gegen Preußen aus Besorgnis vor ihren ehrgeizigen Plänen[1]) hätten sie sich gutwillig mit der ihm genehmen Rolle begnügt, im englischen Interesse Frankreich und Rußland in Schach zu halten, so wären sie seine besten Freunde gewesen[2]) —. Für Lord Russell trat er in seiner Rede unbedingt ein, seine Vorschläge hätten allein den Zweck gehabt, zwischen den einander widersprechenden Ansprüchen zu vermitteln, aber da sie keinen

[1]) vgl. auch „1853" 50 und andere.

[2]) Pauli 389/90, Fitzmaurice 451, Vitzthum II, 67 f, 90, Bernstorff 552.

Anklang gefunden hätten, so gehörten sie jetzt lediglich der Geschichte an. Über die Einzelheiten des deutsch-dänischen Konfliktes war Palmerston nicht sonderlich gut unterrichtet; er bestritt ebensowenig wie Lord Russell dem Bunde das Recht, in den Angelegenheiten Holsteins mitzureden und sogar Exekution vorzunehmen, aber anders lag für ihn die Sache mit Schleswig: Der Bund dürfe sein Interesse für das Deutschtum Schleswigs nur in freundschaftlichen Verhandlungen mit Dänemark an den Tag legen, aber habe nicht das mindeste zu sagen, ebensowenig wie etwa in Spanien, Portugal, England und Rußland — gewiß, zu sagen hatte der Bund in Schleswig nichts, aber er konnte unter Berufung auf die von Dänemark eingegangenen Verpflichtungen gewisse Ansprüche internationalen Charakters stellen, und über diese setzte sich Lord Palmerston anders als Lord Russell einfach hinweg.

Die Möglichkeit eines Krieges zwischen Deutschland und Dänemark Schleswigs wegen konnte Palmerston natürlich nicht von der Hand weisen. Wie er sich über den Fall äußerte, daß Dänemarks Integrität in diesem Kriege verletzt wurde, das möge hier wörtlich angeführt werden: I am satisfied with all reasonable men in Europe including those in France and Russia, in desiring that the independence, the integrity and the rights of Denmark may be maintained. We are convinced — I am convinced at least — that if any violent attempt were made to overthrow those rights and interfere with that independence, those who made the attempt would find in the result that it would not be with Denmark alone with which they would have to contend. Lord Palmerston betonte aber sehr nachdrücklich, daß es wohl nicht einmal zur Bundesexekution kommen würde, da sich besonders die Regierung in Wien ganz klar darüber sei, welche schweren Folgen eine so weitgehende Maßnahme des Bundes nach sich ziehen könne. Er war daher recht zuversichtlich, daß sich auch der Bundestag zu einer vernünftigen Auffassung der Lage würde bringen lassen, und daß überhaupt kein Grund zur Beunruhigung vorliege[1]).

[1]) Sybels Zusammenfassung der Rede Palmerstons läßt es nicht scharf genug hervortreten, wie wenig Palmerston im Grunde mit dem Aus-

Die oben zitierten Worte sind vielfach sofort dahin ausgelegt worden, daß Palmerston den Dänen Englands Hilfe zugesagt habe, falls die Integrität Dänemarks bedroht würde[1]). Demgegenüber ist zu beachten, daß diese Rede bei Bernstorff, Manthey, Orla Lehmann und Vitzthum garnicht oder nur ganz beiläufig erwähnt ist. Gladstone wollte sich Ende 1863 kaum noch daran erinnern[2]), und endlich Gortschakoff zweifelte an ihrer Bedeutung[3]). In wohlunterrichteten Kreisen muß man dieser Rede also keine besondere politische Bedeutung beigemessen haben. Die dänische Regierung hat sich offiziell auch nie darauf berufen, soweit die amtlichen Schriftwechsel darüber Auskunft geben.

Es ist sicher, daß Palmerston kein Recht hatte, den Dänen Hilfe zu versprechen, da nach Gladstone ein derartiger Kabinettsbeschluß damals nicht gefaßt wurde[4]). Aller Wahrscheinlichkeit nach hatte Palmerston auch garnicht die Absicht, den Dänen ein Versprechen zu geben, also den Deutschen direkt mit Krieg zu drohen. Als ihm nämlich Graf Bernstorff am 24. Juli über die deutschfeindliche Rede Vorhaltungen machte, da antwortete er leichthin: „man muß die Dänen doch etwas aufmuntern; sie sind der schwächere, von Euch gemißhandelte Teil[5])." Mit anderen Worten, seine Rede war nichts als der Ausdruck der großen Abneigung, die er gegen die deutsche Nationalbewegung und den Deutschen Bund und ihre kühne Politik hegte. Und zweifellos verband sich damit die Tendenz, die Deutschen einzuschüchtern und nichts weiter. Er wäre in seinen Worten doch etwas deutlicher geworden, wenn er es wirklich auf eine Kriegs-

bruche der Feindseligkeiten rechnete. — Die zitierten Worte Palmerstons führt Sybel kurz an, doch läßt den Hinweis weg, daß sie rein persönlicher Natur waren (Sybel III, 94).

[1]) London Review; Standard, 25. Juli 1863. Die Times indessen kommentiert die Rede in keinem Leitartikel der folgenden Tage. Die Rede hat sicherlich auch auf Dänemark aufhetzend gewirkt.

[2]) Morley, „Gladstone", II, 116, so schrieb er im Jahre 1897 in einem Memorandum nieder.

[3]) Thorsoe II, 945/6.

[4]) Morley, „Gladstone", II, 116.

[5]) Sybel III, 94.

drohung gegen Deutschlands Großmächte oder Mittelstaaten abgesehen hätte, so sollte man annehmen. Rein äußerlich schon erscheinen sie als eine ganz persönliche Meinungsäußerung, hinter der in der Tat kein Kabinettsbeschluß stand. Inhaltlich besagen sie nicht mehr, als was Lord Russell in schriftlicher Form nach allen Seiten zu verkünden pflegte[1]): Nach seiner Überzeugung mußte aus einem Angriffe auf Dänemarks Integrität eine schwere internationale Verwicklung entstehen, bei der Deutschland schlecht davon kommen würde, oder deren Folgen wenigstens unabsehbar waren. Im Juli 1864 gab Palmerston im House of Commons seiner Rede den mannigfachen Angriffen gegenüber diese Auslegung, welche den geschilderten Umständen nach auch die meiste Wahrscheinlichkeit für sich hat. Es war damit selbstverständlich nicht ausgeschlossen, daß der Rede in einem offiziösen Artikel einmal die schärfere Auslegung gegeben wurde, offenbar weil dies in jenem Augenblicke wünschenswert zu sein schien[2]).

Auch Lord Russell schlug Ende Juli eine energische Tonart an, als ihm plötzlich klar wurde, wie ernst die Lage war. Graf Wachmeister, der schwedische Gesandte in London, hatte ihm am 26. Juli ein Schreiben seiner Regierung überreicht, dem zu entnehmen war, daß Dänemark sich der Exekution wahrscheinlich widersetzen würde, und daß es dabei auf die Unterstützung Schwedens rechnen könne[3]). Nach Ansicht der schwedischen Regierung war Dänemark allein im Rechte und Deutschland völlig im Unrecht. Bei der aggressiven Haltung Deutschlands sei ein Krieg unvermeidlich, wenn die Großmächte nicht für Dänemark eintraten.

Lord Russell konnte ihm natürlich keinen Bescheid darüber geben, wie die Großmächte sich verhalten würden, denn es war

---

[1]) Es ist nicht klar, worauf sich Sybels Satz (III, 94) stützt: „Lord John schüttelte zu diesem Kriegssignal (nämlich Palmerstons Rede) bedenklich den Kopf." Aus dem im Blue Book veröffentlichten Schriftwechsel wird man keinen Beweis für einen derartigen Tatbestand herbeibringen können.

[2]) Morning Post, 25. Januar 1864 (s. u.)

[3]) „1864" 93.

ja bisher nichts beschlossen[1]). Er lehnte es auch ab, Dänemarks Politik uneingeschränkt zu billigen, Dänemark sollte vor allen Dingen seinen Verpflichtungen peinlich nachkommen. Aber die Schuld an der bedenklichen Wendung der Dinge gab er Deutschland allein. Er schrieb am 31. Juli nach Wien[2]), es sei ein Unglück, daß die deutschen Mächte sich 1861 nicht auf eine getrennte Behandlung der schleswigschen und der holsteinischen Frage nach Dänemarks Wunsch eingelassen hätten. Infolgedessen habe Dänemark zu der Annahme Grund, die Bundesexekution werde auch auf Schleswig ausgedehnt werden. Seiner Meinung nach mußte es möglich sein, die Fragen auch jetzt noch zu trennen. Er schloß sein Schreiben mit einer dringenden Warnung vor weiterer Verquickung der Angelegenheiten Schleswigs mit denen Holsteins, sonst dürften die Mächte Europas Deutschland das Recht bestreiten, in Holstein fernerhin auf Grund des Bundesrechts mitzureden — also eine recht unverblümte Drohung, die Mächte würden dem Bunde die Oberhoheit in Holstein absprechen.

Es war völlig verfehlt, daß Lord Russell die deutschen Großmächte für die bedrohliche Lage verantwortlich machte. Die Haltung Österreichs und Preußens im Jahre 1861 war wohlberechtigt gewesen, denn die holsteinische und die schleswigsche Frage waren bei ihrer Auffassung der dänischen Versprechen einfach nicht zu trennen. Die Schuld an der Krisis des Sommers 1863 ist vielmehr Dänemark und dem Bundestage beizumessen, Dänemark hatte die Krisis durch das März-Edikt absichtlich heraufbeschworen, und der Bundestag verschärfte sie durch die Überschreitung seiner Kompetenz. Lord Russell stand offenbar im Begriffe völlig zu vergessen, daß die Sache so und nicht anders lag. Er dachte nicht daran, gegen den

[1]) „1864“ 108. Jansen (S. 87) wird auf Grund der Äußerungen Russells zum Grafen Wachmeister nicht beweisen können, daß Lord Russell die Rede Palmerstons mißbilligte. Es ist auch nicht ersichtlich, wie Jansen zu dem Satze kommt: „Russell . . . hatte dem Grafen Wachmeister erklärt, England könne für Dänemark nur eintreten, wenn es ihm die Überzeugung von seinem Recht beibringe.“

[2]) „1864“ 99.

Urheber der Krisis, gegen Dänemark vorzugehen. Als Bismarck bei ihm im August anfragte, ob er nicht geneigt sei, auf Dänemark mäßigend einzuwirken, antwortete er am 31. August mit einem kurzen „Nein", denn seine früheren Vorschläge hätten in Kopenhagen eine allzu schlechte Aufnahme gefunden[1]), und er schob die Verantwortung für die Folgen der Bundesexekution wieder ausdrücklich auf die deutschen Mächte. Das Recht des Bundes zu Zwangsmaßregeln stellte er zwar nicht in Abrede, aber er gab den deutschen Mächten doch zu bedenken, daß Exekution in einem reinen Bundeslande wohl zu unterscheiden sei von Exekution in einem Staate, der zugleich Glied einer auswärtigen Macht sei — einer Macht, deren Bestand für das europäische Gleichgewicht besondere Bedeutung habe. Vor lauter Besorgnis, Dänemarks Integrität könnte gefährdet werden, ließ es Lord Russell also bei einer rein theoretischen, mithin wertlosen Anerkennung des Rechtes zu Exekution bewenden.

Seine Vorstellungen machten auf Österreich und Preußen keinen Eindruck. Die beiden deutschen Großmächte erklärten sich außer Stande, die Exekution aufzuhalten, weil das März-Edikt noch in Geltung sei[2]).

Lord Russells Vermittlungsversuch im Herbst 1863.

Über den Verhandlungen zwischen Lord Russell und den deutschen Großmächten kam der Tag heran, an welchem in Frankfurt der Antrag auf entgültige Beschlußfassung über die Bundesexekution eingebracht wurde (Mitte September). Lord Russell hielt es nun endlich für nötig, energischer in den Streit einzugreifen. Doch gab er Dänemark nicht den naheliegenden Rat, den Grund aller drohenden Verwicklungen, das März-Edikt zu beseitigen. Er trat vielmehr an Frankreich mit der Frage heran, ob es nicht angebracht sei, gemeinsam den Streitenden die guten Dienste zur Beilegung des Streites anzubieten[3]). Wenn Frankreich aber dazu keine Lust habe, so könnte eine

[1]) „1864" 117.
[2]) „1864" 107, 116, 119, 122, 123.
[3]) „1864" 125.

kategorische Note nach Frankfurt gesandt werden, um den Bund darauf aufmerksam zu machen, daß er sich im Widerspruch mit den Wünschen der Westmächte befinde.

Lord Russell hätte wirklich kaum planloser und unpraktischer handeln können; es ist daher nicht erstaunlich, daß sein Vorschlag in Paris kühl abgelehnt wurde [1]). Die französische Regierung versprach sich von Vermittlung in dem deutsch-dänischen Konflikte keinen Erfolg, und von nichtssagenden Drohungen und Warnungen wollte sie überhaupt nichts wissen, nachdem die Politik der hohlen Redensarten in der polnischen Frage mit einer so kläglichen Niederlage geendet hatte. Sie wahrte sich ausdrücklich ihre Handlungsfreiheit und betonte, daß sie keinesfalls mit England zusammen vorgehen könne, wenn es nicht entschlossen sei, der Drohung gegebenenfalls die Tat folgen zu lassen. Ob in Paris im Herbst 1863 überhaupt Neigung zu einer Intervention vorhanden war, ist recht fraglich, denn Napoleon suchte sich gerade um diese Zeit Preußen zu nähern, das durch eine Intervention naturgemäß besonders getroffen werden mußte.

Lord Russell rechnete jedenfalls im Herbst 1863 nicht im geringsten damit. Er war nur bereit, nochmals einen Vermittlungsversuch zu machen, mit Frankreich zusammen oder auch allein. Weitere Maßnahmen für den Fall eines Mißerfolges würden Sache späterer Entscheidung sein, so teilte er der schwedischen Regierung Ende September mit, als sie zu wissen wünschte, ob die Westmächte zur Verteidigung Dänemarks einschreiten würden [2]). Es war der französischen Regierung also nicht gelungen, ihn zu überzeugen, daß Vermittlungsversuche erfolglos bleiben mußten. Da Frankreich nicht mitmachte, so tat er Ende September in Frankfurt, Wien und Berlin seine Bereitwilligkeit, in dem deutsch-dänischen Konflikte zu ermitteln, allein kund. Er warnte die deutschen Regierungen nochmals vor der Verletzung der Integrität Dänemarks und riet ihnen, von der Exekution Abstand zu nehmen, mit Dänemark über das März-Edikt nochmals Verhandlungen anzuknüpfen und die Vermittlung der

[1]) „1864" 126.
[2]) „1864" 132.

Mächte zur Beilegung des gesamten Konfliktes, also einschließlich der internen Bundesfrage, anzurufen. Sein Schreiben nach Frankfurt kam in dem Augenblicke an, als die Bundesexekution entgültig beschlossen werden sollte. Es wurde unbeachtet zu den Akten gelegt, und der Antrag auf Exekution in Holstein gegen die dänische und luxemburger Stimme angenommen[1]). Der Bundestag überschritt in diesem Beschlusse seine Kompetenz, wie oben dargelegt wurde; die Vorstellungen und Warnungen Lord Russells waren also unbeachtet geblieben.

Zur gleichen Zeit tat die dänische Regierung den Schritt, welcher sich nach der Ausscheidung Holsteins aus dem dänischen Gesamtstaate durch das März-Edikt von selbst ergab. Sie legte dem Reichsrate Ende September einen Verfassungsentwurf für Dänemark und Schleswig vor, denn sie hielt den Augenblick für günstig, um das eiderdänische Ideal zu verwirklichen[2]): Deutschland war durch den Streit um die Bundesreform lahmgelegt, so meinte man; der Abschluß eines Bündnisses mit Schweden und Norwegen schien bevorzustehen, und auf die Sympathien der außerdeutschen Mächte glaubte man rechnen zu können, weil das europäische Gleichgewicht die Integrität Dänemarks erheische. Man übersah, daß die außerdeutschen Mächte, die Schützer Dänemarks, sich wegen der Polnischen Frage verfeindet hatten, und daß Österreich einen ungewöhnlich scharfen Ton gegen Dänemark anschlug, um die deutschen Mittelstaaten, die Träger der nationalen Bewegung, für sich zu gewinnen und Preußen in der Bundesreformfrage zu isolieren. Bei einigem politischen Scharfblick hätten die dänischen Staatsmänner die Ungunst der Lage erkennen müssen. Statt dessen trieben sie mutwillig zum Konflikte, indem sie die von Dänemark im Winter 1851 auf 1852 übernommenen Verpflichtungen entgültig bei beiseite schoben, während die bevorstehende Exekution gerade den Zweck hatte, die endliche Erfüllung der gegebenen Zusagen zu erzwingen. Keiner der beiden Gegner dachte an einen Ausgleich zwischen den einander widerstreitenden

[1]) Sybel III, 97. „1864" 137/8.

[2]) Af Orla Lehmanns Papirer: Orla Lehmann an Karl XV., Sommer 1863. Andrae-Hall S. 8/9, 45/6. Manthey, 15. April 1863. „1864" 18, 165.

Ansprüchen, und keiner wollte zugeben, in irgend einem Punkte im Unrechte zu sein.

Lord Russell blieb allen Tatsachen zum Trotze dabei, daß der Streit zu schlichten war, wenn es nur gelang, die Bundesexekution zu verhüten[1]). Er hatte jetzt endlich eingesehen, daß sich der Deutsche Bund durch Worte nicht beschwichtigen ließ, daher gab er Dänemark Anfang Oktober den Rat, das März-Edikt zurückzunehmen oder doch zu suspendieren und mit dem Bundestage über Holsteins zukünftige Stellung Unterhandlungen anzuknüpfen[2]).

Mr. Paget, der englische Gesandte in Kopenhagen, versprach sich davon nicht sonderlich viel, nachdem Dänemark sich durch den Vorschlag der eiderdänischen Verfassung offenkundig über seine Verpflichtungen hinweggesetzt und dadurch die Deutschen auf das schärfste provoziert hatte[3]). In einem Berichte vom 13. Oktober äußerte er die Befürchtung, daß der Bund trotz der Aufhebung des März-Edikts von der Exekution nicht abgehen würde, um Dänemark zur Erfüllung seiner Versprechen zu zwingen; über die Bundeskompetenzen würde man sich in Frankfurt seiner Meinung nach kaltlächelnd hinwegsetzen. So müßten aus der dänischen Willkür die schwersten Verwicklungen entstehen.

Lord Russell stellte sich gegenüber den stichhaltigen Bedenken Pagets einfach auf den Standpunkt des Rechts[4]), was bei der Haltung Deutschlands wie Dänemarks so unangebracht wie möglich war; es blieb für ihn die Hauptsache, daß durch die Rücknahme des März-Edikts der Grund zur Bundesexekution möglichst schnell beseitigt wurde. Alles, was außerhalb der Bundeskompetenz lag, die Angelegenheiten Schleswigs und die davon nicht zu trennende dänische Verfassungsfrage, sollte dann unter Vermittlung Englands oder mehrerer Mächte geordnet werden; am liebsten hätte er, wie erwähnt, auch die holsteinische Frage vor das Forum der Mächte gezogen. Er bemühte sich,

[1]) „1864" 137, 139/40, 159, 178 und öfter.
[2]) „1864" 159, 165, 183.
[3]) „1864" 145, 164, 165, 202.
[4]) „1864" 159, 163, 176/7, 178, 182 und andere.

die dänische Regierung für die Vermittlung zu gewinnen, ohne die eigentlich selbstverständliche Bedingung zu stellen, daß weitere Schritte in der Verfassungsfrage unterblieben, weil sie den Konflikt mit Deutschland vergrößern und infolgedessen eine Vermittlung unnötig erschweren mußten. Der Grund, warum er gegen die vertragswidrige Politik Dänemarks nichts unternahm, war der, daß er die Beseitigung des März-Edikts nicht unnötig verzögern wollte[1]). Die dänische Regierung hatte ihm nämlich zu verstehen gegeben, daß sie das März-Edikt nicht zurücknehmen würde, wenn die Verfassung für Dänemark und Schleswig scheiterte — es sei denn, daß England sich entschloß, Dänemark vor weiteren Ansprüchen Deutschlands zu schützen. Derartige Verpflichtungen wollte Lord Russell offenbar nicht auf sich nehmen, darum mußte er zulassen, daß Dänemark mit der Verfassung die gefährlichste Waffe gegen sich selbst schmiedete. Er mag im übrigen die Bedenken Pagets gegen die eiderdänische Verfassung für übertrieben gehalten haben, denn er war ja mit den Dänen einer Meinung, daß die Ansprüche Deutschlands über das rechte Maß hinausgingen und nicht zu verwirklichen waren[2]).

Die dänische Regierung hatte wenig Lust, Lord Russells Ratschlägen zu folgen[3]). Nach einigem Zögern nahm sie die Vermittlung der Protokollmächte an, wünschte aber die Basis, auf der die Verhandlungen geführt werden sollten, selbst zu bestimmen[4]); sie wollte also verhindern, daß die eiderdänischen Pläne noch im letzten Augenblicke durch das Eingreifen der Mächte durchkreuzt wurden. Den Bundestag hielt sie offenbar absichtlich mit nichtigen Konzessionen hin; sie wollte das März-Edikt nicht zurücknehmen, solange die neue Verfassung noch nicht unter Dach und Fach war, denn dann hätte sie das mit dem Erlasse des März-Edikts tatsächlich schon geschaffene „Dänemark bis zur Eider" selbst wieder vernichtet. War aber die Verfassung für Dänemark und Schleswig erst angenommen, so konnte sie sich im Notfalle sogar zur Beseitigung des März-

[1]) „1864" 159.
[2]) „1864" 195.
[3]) „1864" 165/6, 185, 197, 200—04, 217, 218, 221 und öfter.
[4]) „1864" 185.

Edikts verstehen, weil an der eiderdänischen Ordnung dadurch nichts mehr geändert wurde. Genau in dem angegebenen Sinne ist die dänische Regierung auch verfahren, ohne auf Lord Russells Mahnungen zu hören[1]).

Auch in Deutschland fand Lord Russell wenig Entgegenkommen[2]). Österreich und der Bundestag erklärten die Exekution für eine innere Angelegenheit des Deutschen Bundes, mit der das Ausland sich nicht zu befassen habe, daher wiesen sie Englands Vermittlung zurück. Österreich gab aber wenigstens zu, daß die schleswigsche Frage auch die Mächte anging. Beide bestritten endlich, daß die Exekution nur zur Einmischung in die Angelegenheiten Schleswigs dienen sollte, oder daß der Bund mit ihr seine Kompetenz überschritt — der Beweis hierfür gelang ihnen allerdings recht schlecht. Österreich geriet auf diese Weise in einen gewissen Gegensatz zu seinem letzten Freunde, zu England. Mit den andern Mächten, mit Frankreich, Italien, Rußland und Preußen hatte es sich wegen der Angelegenheiten Italiens, Polens und Deutschlands schon längst überworfen[3]).

Nur in Berlin fand Lord Russell mit seinen Vorschlägen eine günstige Aufnahme. Er konnte daher nicht ahnen, daß gerade Bismarck im geheimen den Wunsch hegte, die Herzogtümer für Preußen zu gewinnen.

Bismarck spielte im Oktober den Liebenswürdigen, offenbar um Dänemark, das so herausfordernd auftrat, völlig ins Unrecht zu setzen[4]). An Beilegung des Streites hat er trotz scheinbar maßvoller Haltung sicher nicht gedacht; höchstens eine

[1]) „1864" 386.

[2]) „1864" 156 7, 168, 189. Sybel III, 99.

[3]) „1864" 154, 169, 170, 206 und öfter.

[4]) Jansen (S. 90 ff.) stellt die Politik Bismarcks falsch dar. Er unterscheidet nicht zwischen Bismarcks geheimen Plänen und seiner äußerlichen Haltung. Er spricht Bismarck sogar das Interesse für nationale Politik ab und sucht zu beweisen, daß Bismarck nichts anderes im Sinne gehabt habe, als Dänemark zum Nachgeben zu bringen — freilich, Bismarck trieb deutsche Politik anders als die Führer der Nationalbewegung, er hütete sich, einen Weg zu betreten, der vielleicht wieder nach Olmütz geführt hätte.

Verzögerung des Zusammenstoßes mit Dänemark mochte ihm erwünscht sein, weil Preußen in Deutschland wegen der Bundesreformfrage noch isoliert dastand und daher auch in der schleswig-holsteinischen Frage ziemlich kaltgestellt war. Das Vorgehen gegen Dänemark versprach mehr Erfolg, wenn Österreich und Preußen — und zwar unter Preußens Führung — einmütig zusammenhielten und dadurch das Ausland von einer Intervention in den Konflikt abschreckten.

Eine Veränderung der politischen Lage zu Preußens Gunsten konnte allerdings nicht mehr lange auf sich warten lassen, denn Österreichs Isolierung in Europa war auf die Dauer undenkbar. Österreich mußte über kurz oder lang bei Preußen Anschluß suchen, und dann hatte dieses gewonnenes Spiel. Bismarck hat Österreich im Herbst 1863 durch sein schroffes Auftreten in der Bundesreformfrage planmäßig in die Enge getrieben, um ihm den Wert von Preußens Freundschaft klar zu machen. Die Rücksicht auf die drohende Verwicklung mit Dänemark wird dabei nicht zum wenigsten maßgebend gewesen sein.

Gegenüber Lord Russells Wünschen zeigte Bismarck im Oktober wie gesagt äußerlich größtes Entgegenkommen. Er schien geneigt, die Exekution zu verhindern und für die Annahme der englischen Vermittlung in allen Streitpunkten von internationalem Charakter am Bundestage zu wirken, wenn Dänemark die Vermittlung Englands ebenfalls annahm, und wenn es bereit war, das März-Edikt gänzlich zurückzuziehen und das Budgetrecht der holsteinischen Stände zu achten. Das waren Bedingungen, welche Dänemark nie annehmen konnte, vor Deutschland zu kapitulieren. Es verstand sich auch nur zu Scheinkonzessionen, welche dem Bunde, der auf der bedingungslosen Aufhebung des März-Edikts bestand, nicht genügten. Bismarck wußte daraufhin sehr geschickt den Eindruck zu erwecken, als ob Dänemark ihm jedes Entgegenkommen durch die Weigerung, das März-Edikt zurückzunehmen, unmöglich gemacht habe[1]).

So zogen sich die umständlichen Verhandlungen von Anfang Oktober bis Mitte November erfolglos hin, weil es den beiden

[1]) „1864" 204, 221, 230.

Gegnern am guten Willen sich zu einigen fehlte[1]). Als Lord Russell aus Wien die Nachricht erhielt, daß Bismarck seinen Widerstand gegen die Bundesexekution aufgegeben habe, zog er sich mißmutig zurück, anstatt Bismarcks Rat aus den ersten Tagen des November zu befolgen und dem Bunde ganz offiziell die Vermittlung Englands anzubieten[2]). Bismarck hatte ihm vorgehalten, daß es damit auf den Bundestag größeren Eindruck machen würde als mit formlosen Angeboten, auf die Lord Russell sich bisher beschränkt hatte. Lord Russell hielt weitere Versuche, den Bund für Englands Vermittlung zu gewinnen für zwecklos, solange Österreich und Preußen nicht gemeinsam die englische Regierung um ihre Vermittlung baten und beim Bundestage allen ihren Einfluß aufboten, um die Annahme der englischen Vermittlung durchzusetzen.

Zu gleicher Zeit, am 13. November, wurde die Verfassung für Dänemark und Schleswig vom Reichsrate angenommen; sie ließ Schleswig einige provinzielle Selbständigkeit, doch fehlten in ihr die Garantien, daß der allmächtige Reichsrat nicht auch den Rest der Freiheiten Schleswigs eines Tages beseitigte. Tatsächlich sah man in Dänemark die Verfassung auch nur als eine Vorstufe an zur vollen Inkorporation Schleswigs in Dänemark[3]). Der Bruch mit der zwölf Jahre zuvor versprochenen Gesamtstaatsverfassung konnte also nicht schärfer sein. Er erfolgte, obgleich man in Kopenhagen wußte, daß Schweden starke Bedenken hegte, und daß die deutschen Regierungen auf das schärfste dagegen waren. Auch Bismarcks Meinung konnte dem dänischen Ministerpräsidenten Hall nicht verborgen sein, mochte Bismarck sich zum Baron Blixen-Finecke auch vorsichtig ausgedrückt haben[4]).

Wie wir sehen, hatte Lord Russell der dänischen Regierung auch nicht die geringsten Vorhaltungen darüber gemacht, daß

[1]) Walpole, „Russell", II, 397. Lord Russell urteilte später, die Vermittlung sei an Dänemarks Hartnäckigkeit gescheitert. Die Schuld lag aber tatsächlich auf beiden Seiten.

[2]) „1864" 199, 219, 222, 224.

[3]) Sybel III, 103. „1864" 164.

[4]) Sybel III, 98/9, 102/4. P. Andrae 168.

ihre Politik in krassem Gegensatze zu den im Winter 1851 auf 1852 gegebenen Versprechungen stand. Er riet ihr einzig und allein, der Exekution keinen Widerstand zu leisten, damit die Verwicklungen nicht noch größer würden[1]). Im Grunde seines Herzens hielt er Widerstand gegen die Exekution für wohlberechtigt, weil die Bundeskompetenzen durch den Bundestag so gröblich mißachtet wurden[2]). Es kann kein Zweifel sein, daß er durch das stürmische Draufgängertum der deutschen Nationalpartei immer mehr auf die Seite der Dänen gedrängt wurde, je größer die Gefahr für Dänemarks Integrität zu werden schien[3]).

Überschaut man Lord Russells Politik bis zum November 1863 noch einmal, so wird man sagen müssen, daß er trotz aller seiner Mühe auch nicht den geringsten Einfluß auf den Gang der Dinge ausgeübt hatte. Der Streit hatte sich unaufhörlich zugespitzt und mußte bei der Kühnheit der Politik Dänemarks zu einem ernsten Konflikte zwischen Deutschen und Dänen führen.

Kapitel II.

Englands Politik vom Tode Friedrichs VII. von Dänemark bis zum Zusammentritt des englischen Parlaments am 4. Februar 1864.

Bismarck übernimmt die Führung in der dänischen Frage.

Am 15. November starb ganz plötzlich König Friedrich VII. von Dänemark, ohne die neue Verfassung unterzeichnet zu haben. Sein Nachfolger war Christian von Glücksburg gemäß den Bestimmungen des Zweiten Londoner Protokolls. Der Thronwechsel hätte in keinem unglücklicheren Augenblicke geschehen können, denn die gegenseitige Erbitterung der Deutschen und Dänen war, wie wir sahen, auf dem Siedepunkte angelangt. Herzog Friedrich von Augustenburg machte seinen Anspruch auf die Herzogtümer Schleswig und Holstein umgehend geltend. Damit

[1]) „1864" 183.
[2]) „1864" 150, 160, 177.
[3]) „1864" 195, 222, 224.

trat zu dem Streite um Dänemarks Versprechen die Erbfolgefrage. Die Nachricht von der Proklamation des Herzogs wurde in ganz Deutschland mit Jubel begrüßt. Alsbald lief ein Antrag Bayerns am Bundestage ein, die beschlossene Exekution in Holstein solle in eine Okkupation umgewandelt werden, bis der Bundestag über die verschiedenen Ansprüche auf Holstein entschieden habe. Es war vorauszusehen, daß er sich unter dem Einflusse des Nationalvereins für Friedrich von Augustenburg entscheiden würde.

Bisher war dem Bundestage in der schleswig-holsteinischen Frage alles nach Wunsch und Willen gegangen, ohne daß es Lord Russell hätte hindern können. Englands Widerstand gegen das Vordringen der Deutschen blieb auch weiterhin vergeblich, aber sein eigentlicher Gegner war nicht mehr der Deutsche Bund, sondern Bismarck, welcher sich bisher zurückgehalten hatte, aber jetzt mit fester Hand den Zügel in Deutschland ergriff, ohne daß man es zunächst merkte. Er wußte auch die europäische Politik während der folgenden Monate nach seinem Willen zu lenken. Ein Vorschlag Napoleons hatte Anfang November plötzlich eine Lage geschaffen, wie Bismarck sie sich nicht besser wünschen konnte. Friedrichs VII. plötzlicher Tod konnte seine Pläne nur fördern und Dänemarks Unglück beschleunigen.

„Die Verträge von 1815 haben aufgehört zu bestehen", so verkündete Napoleon am 5. November in einer Thronrede an seine Kammern. Ein Fürstenkongreß in Paris sollte daher als höchstes Schiedsgericht die Verhältnisse in Europa einer Besprechung und Neuordnung unterziehen.

Napoleon wollte durch den Fürstenkongreß seine mehrfachen Mißerfolge verdecken und in eine Politik einlenken, welche ihm schon seit Jahren vorschwebte. Er wünschte Frankreichs Grenze am Rheine vorzuschieben[1]) und die italienische

[1]) Professor Salomons Ansicht über die Politik Napoleons im deutsch-dänischen Kriege (Hist. Viert.-Schr. 1911) wird demnach in vorliegender Abhandlung abgelehnt und der Auffassung Frahms (Hist. Viert.-Schr. 1914) der Vorzug gegeben. Salomons Ansicht wird sich gegenüber den Mitteilungen in Walpole, „Russell", II, 408 und Fitzmaurice, „Granville", 472 ff. unmöglich halten lassen.

Frage, aus der ihm seit 1860 mannigfache Unannehmlichkeiten entstanden waren, nochmals aufzurollen, um sie entgültig und auf Österreichs Kosten zu lösen. Die Gelegenheit, als Schützer des Nationalitätsprinzips in Italien und Schleswig-Holstein zu glänzen, wollte er dabei nicht ungenutzt vorübergehen lassen. — Gelang der Plan, so stand sein Thron in Frankreich fester denn je — Preußen war von ihm zum Helfer ausersehen. Er wollte ihm Holstein, Südschleswig und irgendwelche Gebiete in Deutschland zukommen lassen, ihm wohl auch bei der Verwirklichung kleindeutscher Pläne gegen Österreich helfen. Preußens Gegenleistung sollte in einer Abtretung am Rheine bestehen. Schon im November trat er der preußischen Regierung mit seinen Plänen ganz vorsichtig näher, ohne daß es zu mehr als zwanglosen Besprechungen mit dem preußischen Botschafter in Paris, dem Grafen Goltz kam[1]).

Die europäischen Großmächte waren über den Kongreßvorschlag empört, aber zunächst fand keine von ihnen den Mut abzusagen. Lord Russell argwöhnte mit Recht, daß Napoleon nur im Trüben fischen wollte. Darum riet er am 11. November der österreichischen Regierung, gegenüber den feindseligen Anschlägen Napoleons bei Preußen Rückhalt zu suchen[2]). Österreich folgte dem Rat nur zu gern, um aus der bedrohlichen Isolierung herauszukommen, in die es durch seine Stellungnahme zu den Angelegenheiten Italiens, Polens und Deutschlands geraten war.

Man konnte in London und Wien nicht ahnen, daß Bismarck so großen Wert auf das Zusammengehen Österreichs mit Preußen legte, um seinerseits Rückendeckung gegen die europäischen Mächte zu haben, wenn er jetzt daran ging, den Dänen die Herzogtümer zu entreißen. Die Aussicht, daß ihm dies gelang, war denkbar günstig, denn eine einmütige Intervention der Mächte war kaum zu befürchten: Rußland war mit den Westmächten wegen der polnischen Frage zerfallen und stand sich dafür recht gut mit Preußen, das auf seine Seite getreten war; Napoleon hatte die Mächte, vor allem England und Österreich durch den Kongreßvorschlag gegen sich aufgebracht; er hatte

[1]) Sybel III, 123/4.
[2]) Sybel III, 109.

außerdem gegen die Einverleibung der Herzogtümer in Preußen nichts einzuwenden und warb um Preußens Freundschaft; endlich Österreich suchte bei Preußen Rückhalt. Als Dänemarks Freunde blieben so nur Schweden, Norwegen und England übrig. Ihre Gegnerschaft gegen Deutschland blieb aber ziemlich ungefährlich, solange es Bismarck gelang, die Bildung einer größeren Koalition zu verhindern.

Die Wiener Regierung nahm mit Bismarck Mitte November engste Fühlung. Schon am 14. November hatte sie auf Englands Rat die Bundesreformpläne aufgegeben, um Preußen zu versöhnen. Nach Friedrichs VII. Tode hatte sie keinen anderen Gedanken, als im Verein mit Preußen gegen die radikale Nationalbewegung vorzugehen, die Dänemarks Integrität zu vernichten drohte. Sie gab auch mehrfach Anregung zu gemeinsamen Maßnahmen gegen Dänemark, bei denen strikte Beobachtung des Londoner Vertrages natürlich die Voraussetzung war. Sie waren offensichtlich dazu bestimmt, Preußen und den Bundestag in gleicher Weise an Seitensprüngen zu hindern.

Bismarck ließ sich dadurch nicht lahmlegen. Er war entschlossen, äußerlich am Londoner Vertrage festzuhalten, um Österreich an sich zu ketten und dem Auslande den Grund zur Intervention zu nehmen[1]). So beschlossen die beiden deutschen Mächte, zunächst nur gegen Dänemarks vertragswidrige Politik einzuschreiten, doch machten sie auf Bismarcks Wunsch ihre Stellung zum Londoner Protokoll von Dänemarks Verhalten in der Verfassungsfrage abhängig. Damit gewann Bismarck hinreichende Bewegungsfreiheit[2]).

[1]) Jansen (S. 134 ff.) nimmt an, daß an Intervention des Auslandes überhaupt nicht zu denken war, daher hätte Preußen sich ohne Gefahr an die Spitze der Nationalbewegung stellen können — das ist ein gewaltiger Irrtum.

[2]) Thom. H. Dyer V, 518 meint, Anfang Januar seien Österreich und Preußen zur Annektion Schleswigs, also zur Beseitigung des Londoner Protokolls bereit gewesen!! Ähnlich R. Palmer S. 452. H. W. Paul, S. 87, meint, Österreich und Preußen hätten Schleswig und Holstein als „deutsche" Herzogtümer besetzt, indem sie bestritten, daß sie dänisch seien!! A. Ch. Ewald (139) meint, die deutschen Mächte gedachten den Anspruch Herzog Friedrichs zu stützen. — Nach Mc. Carthy (III, 195) hielt Bismarck die Unterstützung

Nach den ersten gemeinsamen Schritten der beiden Mächte hatte Bismarck unbestritten die Führung. Die Wiener Regierung konnte nicht mehr zurück, in der Besorgnis, daß Preußen sich dann sofort an die Spitze der Nationalbewegung stellen und Österreichs Einfluß in Deutschland für alle Zeiten vernichten würde. Österreich half also Schritt für Schritt Dänemarks Integrität zu zerstören, ohne über Preußens Politik zunächst ins Klare zu kommen oder sich der Abhängigkeit von Bismarcks Willen recht bewußt zu werden.

Nicht minder ließ sich die öffentliche Meinung in Deutschland durch Bismarck täuschen. Es ist darum nicht erstaunlich, wenn man ihn in England für den einzig Zuverlässigen hielt, da er sich der nationalen Bewegung scheinbar mit Energie entgegenstemmte[1]). Im Vertrauen auf ihn fuhr Lord Russell mit erhöhtem Eifer fort, zwischen Deutschland und Dänemark zu vermitteln[2]), um Ende Januar 1864 schließlich zu erkennen, daß die deutschen Mächte ihn und alle Welt hingehalten hatten, bis der Krieg mit Dänemark ausgebrochen war.

Lord Russells Haltung gegenüber den Vorgängen in Deutschland nach König Friedrichs VII. Tode. Die Sendung des Lord Wodehouse nach Kopenhagen.

Lord Russell machte sofort nach dem Empfange der Nachricht vom Tode Friedrichs VII. noch einen Versuch, die Exekution aufzuhalten[3]). Der Aufschub sei wünschenswert, damit der neue König Zeit gewinne, sich in seine Stellung hineinzufinden, so schrieb er am 16. November nach Wien und Berlin. Christian IX. riet er, die Verfassung, welche am 13. November im Reichsrate mit knapper Majorität angenommen worden war, nicht zu sanktionieren, bevor eine internationale Vermittlung statt-

des Herzogs Friedrich wenigstens momentan für zweckmäßig. — Ashley II, 430 zufolge hätten Österreich und Preußen das Protokoll halten wollen, mußten aber dem Drängen des Bundestages nachgeben.

[1]) z. B. Daily Telegraph, 26. Januar 1864. G. Bloomfield, „Reminiscences". B. Bloomfields Briefe vom 15. November, 4. Dezember ꝛc. vgl. Westminster Review 1865.

[2]) „1864" 546, 620, 696, 719.

[3]) „1864" 235.

gefunden habe[1]). Er nahm den Gedanken daran also sehr schnell, wenn auch etwas zaghaft, wieder auf. Am 18. November bot er den Deutschen wie den Dänen sogar die ausschließliche Vermittlung Englands an. Dieser Vorschlag richtete sich allein gegen Frankreich[2]). Lord Russell wollte verhindern, daß Napoleon bei gemeinsamer Vermittlung der Mächte Gelegenheit fand, seinen Ehrgeiz zu betätigen. Er übersah dabei ganz, daß die Zeit für Vermittlungsversuche entgültig vorbei war, nachdem der Herzog von Augustenburg unter dem Jubel Deutschlands seinen Anspruch auf die Herzogtümer erhoben hatte. Im ersten Augenblicke mag man die Nachricht davon in London nicht ganz ernst genommen haben — wie auch niemand seinen Protest gegen das Londoner Protokoll vor einigen Jahren beachtet hatte —, Lord Russell hat sich aber schnell davon überzeugen müssen, daß aus einem Streite um Dänemarks Verpflichtungen ein Kampf um die Erbfolge in den Herzogtümern zu entstehen drohte[3]). Sofort änderte er seine Ansicht über die Bundesexekution; er drang im Gespräch mit dem preußischen Botschafter auf deren Beschleunigung, weil sie eine indirekte Anerkennung Christians IX. als Landesherrn in sich schloß[4]). Er wollte der deutschen Nationalbewegung also einen Strich durch die Rechnung machen.

Schon am 23. November wechselte Lord Russell nochmals seinen Standpunkt[5]), als er aus Wien die Meldung empfing, Graf Rechberg halte die Bundesexekution für unvermeidlich, wenn die Verfassung für Dänemark und Schleswig nicht noch geändert oder zurückgenommen würde. Sein Interesse an der Exekution schwand, als er sah, daß sie nur zur Einmischung in

[1]) „1864" 236.

[2]) Sybel III, 123. „1864" 237 9.

[3]) „1864" 274, ferner 338, 341 und andere.

[4]) Sybel III, 120. Bernstorffs Bericht vom 22. November.

[5]) Sybel III, 123 meint, Russells unsichere Haltung in diesen Tagen konnte einem Staatsmann wie Bismarck nicht imponieren — das ist nicht zu bestreiten; aber widersprochen werden muß der Äußerung: mochte [seine Politik] gelegentlich lästig fallen, schwerlich konnte sie einem besonnenen Vorgehen ernste Gefahr bringen — das traf nur solange zu, als Russell die Lage noch nicht durchschaut hatte, also bis Ende Januar.

die Verfassungsangelegenheiten Dänemarks dienen sollte. Er gab auch den Gedanken an Englands ausschließliche Vermittlung auf, den Bismarck[1]) mit gewohnter Liebenswürdigkeit aufgenommen hatte. Die einander überstürzenden Meldungen über die Vorgänge in Deutschland[2]) mochten ihn überzeugt haben, daß nur die Protokollmächte imstande sein würden, sich in Deutschland Gehör zu verschaffen[3]). Da er wohl einsah, daß mit dem Bundestage nicht zu reden war, so steckte er sich hinter Österreich und Preußen; er warnte in einem Schreiben vom 23. November vor der Überschreitung der Bundeskompetenz, sonst würden die Protokollmächte ein Recht haben, gegen die Exekution einzuschreiten[4]). Seiner Ansicht nach würde der Bundestag gut tun, von Dänemark die sofortige Rücknahme des März-Edikts und die Erfüllung aller Wünsche betreffend Holstein zu verlangen und ihm zugleich mitzuteilen, daß die Exekution vor sich gehen würde, wenn es sich weigere, Deutschlands Forderungen zu erfüllen. Alle Streitpunkte von internationalem Interesse würde er am besten der Vermittlung der Protokollmächte überlassen.

Greifbare Form gewann der Gedanke an die Vermittlung der Protokollmächte zunächst nicht. Lord Russell wandte sein Interesse vielmehr einem Vorschlage Rußlands zu[5]).

Die russische Regierung hatte mit Besorgnis wahrgenommen, daß Dänemark durch seine vertragswidrige Politik den Deutschen einen Grund gegeben hatte, die Ungültigkeit des Londoner Protokolls zu behaupten[6]). Ihrer Meinung nach war die Gefahr von Dänemark nur abzuwenden, wenn es nachgab und die berechtigten Forderungen Deutschlands erfüllte. Daher machte sie am 24. November den Vorschlag, die Spezialbevollmächtigten, welche Christian IX. die Glückwünsche der Protokollmächte zu

[1]) „1864" 259, 261.

[2]) „1864" 264, 268—73.

[3]) „1864" 274, 275, 335.

[4]) „1864" 175, 335. Sybel III, 122. Die Darstellung Sybels, daß Russell mit „Englands" Intervention gedroht habe, ist irreführend.

[5]) „1864" 291, 292, 335, 346.

[6]) „1864" 306.

seiner Thronbesteigung überbringen würden, sollten noch einen zweiten Auftrag erhalten; sie sollten in Kopenhagen auch auf die Abänderung der November-Verfassung dringen, damit alle Protokollmächte Veranlassung hätten, für die Erhaltung der Integrität Dänemark einzutreten. Gortschakoff erklärte sich auch mit einer Konferenz der Protokollmächte in London einverstanden.

Lord Russell erwähnte in seiner Antwort die Konferenz mit keinem Worte, er war aber auf der Stelle bereit, an der Pression auf die dänische Regierung teilzunehmen[1]). Er selbst würde den Mut zu einem solchen Vorschlage vermutlich nicht so bald gefunden haben, um Dänemark durch einseitiges Vorgehen kein Unrecht zu tun. Noch am 23. November äußerte er, Deutschland sei an der Einführung der November-Verfassung selbst schuld, sie sei nur die Antwort Dänemarks auf die Bundesexekution und auf die Vermengung der Angelegenheiten Schleswigs und Holsteins[2]). Er hatte sich also aus Ärger über die rücksichtslose Politik Deutschlands in eine Auffassung der politischen Lage hineingedacht, wie sie verschrobener nicht sein konnte. Auf den Vorschlag Gortschakoffs ging Lord Russell aber nun sofort ein, offenbar um zu verhindern, daß durch ein vermittelndes Eingreifen der Mächte Napoleons Plänen Vorschub geleistet wurde. Außerdem wird er eingesehen haben, daß der Sturm in Deutschland nicht mehr zu beschwichtigen war, wenn Dänemark nicht zum Nachgeben gezwungen wurde.

Die dänische Regierung war über diese Wendung in der Politik Lord Russells sehr betroffen. Um so gleichmütiger kam sie seiner nochmaligen Aufforderung zur Zurücknahme des März-Edikts Anfang Dezember nach.

An Fürst Gortschakoffs Vorschlag gefiel Lord Russell nur das eine nicht, daß der Londoner Vertrag und die Versprechen Dänemarks in Beziehung zu einander gesetzt waren[3]). Seiner Meinung nach hatten beide überhaupt nichts miteinander zu tun. Es konnte sich daher für ihn nur darum handeln, Dänemark

[1]) „1864" 292, 26. November.
[2]) „1864" 275.
[3]) „1864" 346.

zum Nachgeben in der Verfassungsfrage anzuhalten — ein Hinweis auf die mögliche Gefährdung des Protokolls durch dänische Hartnäckigkeit war bei seiner Auffassung ganz undenkbar.

Der Aufschub der Bundesexekution erschien ihm jetzt wieder einmal als wünschenswert, damit die Aktion der Mächte in Kopenhagen ungestört vor sich gehen könne[1]). Bismarck berief sich demgegenüber auf Lord Russels eigene Worte zum Grafen Bernstorff, daß eine schleunige Exekution weiterer Aufregung in Deutschland den Boden entziehen würde[2]). Auch Österreich und Rußland stellten sich auf diesen Standpunkt[3]). So fand sich Lord Russell schließlich mit der Exekution ab — gerade in dem Augenblicke, als sie durch die Rücknahme des März-Edikts am 4. Dezember zum Teil gegenstandslos wurde — und bemühte sich einzig darum, sie in legalen Bahnen zu halten[4]): vor allem dürfe die November-Verfassung nicht zum Grunde für ein Bundesverfahren genommen werden. Immer wieder warnte er in drohenden Worten vor Vermischung der Angelegenheiten Schleswigs mit denen Holsteins.

Die Politik des Bundestages, der von den Mittelstaaten beherrscht wurde, beunruhigte ihn überhaupt fortwährend[5]). Besonders der Antrag Bayerns auf Okkupation Holsteins erregte in London die Gemüter. Wie sollte sich England gegenüber der offensichtlich geplanten Verletzung der Integrität Dänemarks verhalten, das war die Frage! Wie Lord Russell dem sächsischen Gesandten, Grafen Vitzthum von Eckstädt mitteilte, hätten England und Rußland bei Annahme des Antrages Partei für Dänemark ergriffen[6]).

Zunächst darf man anstelle von „Rußland" wohl mit Sicherheit „Baron Brunnow", den russischen Botschafter in London, setzen, der sehr deutschfeindlich war. Die ganze folgende Politik Rußlands in der schleswig-holsteinischen Frage war

[1]) „1864" 291.
[2]) „1864" 329.
[3]) „1864" 315, 359.
[4]) „1864" 377, 388 und öfter.
[5]) „1864" 334, 338—41, 429, 447, 503 566 ꝛc.
[6]) Vitzthum II, 13. Dezember.

nicht kriegerisch; es ist darum höchst wahrscheinlich, daß Baron Brunnow in London mehr gesagt hat, als man in Petersburg für gut hielt. Außerdem darf man zweifeln, daß in England wirklich ein fester Entschluß in der Hinsicht gefaßt wurde. Es handelte sich dabei vermutlich nur um die Ansicht Russells und Palmerstons, die beide gegen jede Antastung des Londoner Protokolls sehr empfindlich waren.

Preußen und Österreich verhinderten die Annahme des bayrischen Antrages in Frankfurt durch eine energische Pression auf die deutschen Mittelstaaten, was auf Lord Russell den allerbesten Eindruck machte[1]). Es befestigte in ihm die Überzeugung, daß ihre Politik maßvoll war. Er muß es aus diesem Grunde den deutschen Großmächten nicht als eine grobe Feindseligkeit gegen Dänemark ausgelegt haben, daß sie die Gültigkeit des Londoner Protokolls von der Erfüllung der dänischen Versprechen abhängig machten, so heftig er dagegen auch protestierte[2]). Es sei ja kein internationaler Vertrag mehr sicher, so erklärten er und Palmerston, wenn irgend eine Signaturmacht sich ohne weiteres davon lossagen dürfe, falls sie aus Privatgründen mit einem Teilnehmer an dem Vertrage unzufrieden sei. Österreich und Preußen seien an den Londoner Vertrag den anderen Mächten gegenüber unwiderruflich gebunden. Das wurde in Wien und Berlin bestritten. Man erwiderte, die Mächte könnten von Österreich und Preußen keine Vertragstreue gegenüber Dänemark erwarten, solange sich Dänemark um keine Abmachungen kümmere. Deshalb weigerte man sich auch, den dänischen Admiral Irminger zu empfangen, welcher den deutschen Regierungen die Thronbesteigung Christians IX. anzeigen sollte. So schob man die Schuld an der Zuspitzung des Streites einfach auf Dänemark.

Lord Gladstone erklärte am 4. Juli 1864 im Unterhause, daß die Lage von dem Augenblicke an kritisch wurde, als Österreich und Preußen das Londoner Protokoll nur noch bedingt anerkannten. Er mußte bei einem Rückblick auf den Gang

---

[1]) „1864" 446. Vitzthum II, 250, 13. Dezember.

[2]) „1864" 341, 346, 403, 446 7, 579. Vitzthum II, 250—56. 258.

der Ereignisse zu diesem Urteile kommen; doch wurde man sich des Beginnens der Krisis im Dezember garnicht bewußt, wie dargelegt wurde, und deshalb dachte man auch nicht an Unterstützung Dänemarks. Lord Russell schrieb vielmehr gerade in diesen Tagen an den englischen Gesandten in Kopenhagen, Mr. Paget, daß England für Dänemark nicht eintreten könne, solange es mehr im Unrechte sei als Deutschland[1]). Die endliche Zurücknahme des März-Edikts durch Dänemark am 5. Dezember war damit deutlich genug als eine belanglose Konzession gekennzeichnet. Lord Russell machte auch nur einen ganz schüchternen Versuch, die deutschen Mächte durch den Hinweis darauf zu beschwichtigen[2]).

Der Streit über die absolute oder relative Gültigkeit des Protokolls zog sich fruchtlos hin, und Lord Russell schlug mittlerweile den besten Weg ein, um die Frage überhaupt nicht akut werden zu lassen, indem er die von Rußland vorgeschlagene Pression in Kopenhagen um so eifriger vorbereitete. Er rechnete zuversichtlich damit, daß Österreich und Preußen ihn in seinem Bemühen unterstützen würden. Auf Österreich konnte er sich auch mit gutem Rechte verlassen. Graf Rechberg hielt es zwar für besser, daß Österreich und Preußen sich an irgendwelchen Schritten in Kopenhagen nicht beteiligten, aber er empfahl den anderen Großmächten, sich mit Österreich und Preußen zunächst darüber zu einigen, welche Forderungen an die dänische Regierung gestellt werden sollten[3]). Auf diese Weise sollten Mißverständnisse vermieden werden, welche die Beilegung des Konfliktes in Frage stellen konnten.

Lord Russell ging auf die Anregung Graf Rechbergs sofort ein, oder er wurde dadurch zum mindesten in seiner Absicht bestärkt, Lord Wodehouse, der zum Abgesandten Englands ausersehen war, auf dem Umwege über Berlin nach Kopenhagen reisen zu lassen[4]). Er gab ihm den Auftrag, von Bismarck die

[1]) „1864" 403, vgl. auch 377.

[2]) „1864" 377.

[3]) „1864" 391.

[4]) Die Darstellung Sybels (III, 136/7) ist zweifellos falsch. Graf Rechbergs Meinung ist für die Lord Russells ausgegeben. Ein Punkt

Forderungen der deutschen Mächte entgegenzunehmen und dann die dänische Regierung gegenüber allen berechtigten Ansprüchen zum Nachgeben zu veranlassen. In einer genauen Instruktion[1]) setzte er dem Lord Wodehouse auseinander, wozu Dänemark seinen Versprechungen gemäß verpflichtet sei. Es ist bemerkenswert, daß Lord Russell von der Gleichberechtigung der einzelnen Teile der dänischen Monarchie in einer Gesamtverfassung nichts erwähnte; er blieb also im Interesse der dänischen Integrität bei seiner zweifellos willkürlichen Auslegung der dänischen Versprechen: Dänemark sei zu Folgendem verpflichtet, Holstein und Schleswig haben gewisse Sonderrechte zu beanspruchen, welche die Integrität der dänischen Monarchie als Ganzes aber nicht in Frage stellen dürfen.

Bismarck, welcher ja überhaupt kein Interesse an einer Beilegung des Streites hatte, hütete sich, Lord Wodehouse irgendwelche Einzelwünsche der deutschen Mächte vorzutragen[2]) — auf die man ihn dann später hätte festnageln können; er überließ es den Dänen, einen Ausweg aus den Schwierigkeiten zu finden. Seine Forderungen lauteten ganz allgemein, Dänemark habe die November-Verfassung in ihrer Wirksamkeit für Schleswig vor dem 1. Januar 1864 aufzuheben und seine Versprechen zu erfüllen. Darauf müßte Preußen schon mit Rücksicht auf die große Erregung in Deutschland bestehen; außerdem sei ein Ministerwechsel in Kopenhagen erwünscht.

Lord Wodehouse hätte sich also den Umweg über Berlin sparen können, da er nicht das Geringste aus Bismarck herausbekam. In Kopenhagen[3]) gab er sich dann alle Mühe, die Rücknahme der November-Verfassung vor dem 1. Januar, wo

läßt sich auf Grund des Blue Book allerdings nicht entscheiden: ob Lord Russell schon vor Empfang des Schreibens aus Wien (auf das sein Schreiben vom 9. Dezember die Antwort bildet) die Absicht hatte, Lord Wodehouse über Berlin zu senden. Man darf es wohl annehmen, weil der russische Abgesandte Baron Ewers über Berlin gereist war und mit Bismarck konferiert hatte.

[1]) „1864" 394.

[2]) „1864" 434—37.

[3]) „1864" 451, 505—7, 525, 555/6, 592/3, 632.

sie in Kraft treten sollte, zu bewirken[1]). Der russische Bevollmächtigte, Baron Ewers, stand ihm kräftig zur Seite. Ihr gemeinsamer Schritt am 20. Dezember machte auf den Ministerpräsidenten Hall keinen Eindruck. Auch Lord Russels energische Depeschen nützten nichts. Die dänische Regierung brach vielmehr alle Brücken hinter sich ab; indem sie den Reichsrat am 23. Dezember schloß, also den festen Willen zeigte, die neue Verfassung nicht annulieren zu lassen. König Christian IX. wäre bereit gewesen, nachzugeben, aber er fand keinen Minister, der ihn dabei unterstützt hätte[2]). Schließlich war der einzige Erfolg, den Lord Wodehouse erzielte, daß Hall abdankte und durch Monrad ersetzt wurde, hauptsächlich weil Hall durch seine Unnachgiebigkeit den Mächten gegenüber zu stark kompromittiert war[3]). Monrad hatte den Wunsch, den Konflikt zu verhüten und zeigte wenigstens äußerlich Entgegenkommen, wenn er auch im Herzen nicht weniger eiderdänisch als sein Vorgänger gesinnt war[3]). Der schwierigen Lage, in der Dänemark sich befand, war er keineswegs gewachsen.

Lord Wodehouse beging in seinen Verhandlungen mit Hall eine Unvorsichtigkeit[4]), er verlangte nämlich von Dänemark sofortiges Nachgeben, widrigenfalls es alle Verantwortung allein zu tragen haben würde. Das kam positiv auf ein halbes Versprechen heraus, daß Dänemark auf England rechnen könne, falls es sich fügte. Hier konnten dann die Kritiker im Parlament und in Zeitschriften oder Broschüren bequem anfassen und beweisen, daß England den Dänen Aussicht auf Unterstützung gemacht habe. Das hatten Lord Wodehouse und Lord Russell wohl kaum be-

[1]) Nach Bernhardi (25. Dezember) erzählte Russell seinem Freunde Oliphaunt, der Zweck der Mission des Lord Wodehouse sei, festzustellen, ob die Verpflichtung der deutschen Mächte durch den Londoner Traktat eine unbedingte sei oder bedingt durch die Verpflichtungen, die Dänemark übernommen hatte. Es ist kaum denkbar, daß Lord Russell seinem Freunde Derartiges mitgeteilt hat, denn für ihn lag ja der Fall durchaus klar. Oliphaunt hatte offenbar durcheinander geworfen, daß Lord Russell das Erste für richtig hielt und Gortschakoff das Zweite.

[2]) Andrae-Hall; Af O. Lehmanns Papirer; Aage Friis.

[3]) Af Orla Lehmanns Papirer, S. 221, 227. Aage Friis, S. 48, 56.

[4]) „1864" 507.

absichtigt. Der Zweck derartiger Worte war wohl nur, Dänemark durch Einschüchterung zum Nachgeben zu bringen. Trotzdem mögen Unvorsichtigkeiten dieser Art in Dänemark das Vertrauen auf Englands Hilfe gestärkt haben. Dieses Vertrauen ist Dänemark zum Verhängnis geworden.

Die Bundesexekution war mittlerweile um Mitte Dezember in Gang gekommen. Sachsen und Hannover stellten das Bundeskorps von 6000 Mann, während Österreich und Preußen starke Reserven nach Hamburg und Lübeck zusammenzogen. Lord Russell war trotzdem optimistisch gestimmt[1]). Seine Zuversicht gründete sich offenbar darauf, daß Preußen und Österreich die deutsche Nationalbewegung im Schach hielten, und daß Lord Wodehouse's Mission nach Kopenhagen erfolgreich enden würde.

Palmerston und Russell denken an Intervention.

Ganz plötzlich trat ein Umschwung in Lord Russells Stimmung ein[2]), als er am 24. Dezember von dem Antrage erfuhr, den Bayern am 23. Dezember am Bundestage gestellt hatte: Der Bundestag solle die Prüfung der Erbfolgefrage umgehend vornehmen — mit andern Worten, Friedrich von Augustenburg anerkennen. Sofort fragte sich Lord Russell: werden Österreich und Preußen nun dem Sturme der öffentlichen Meinung in Deutschland nachgeben und die Umwandlung der Bundesexekution in Okkupation zulassen?, und ferner, werden die Bundestruppen auch Schleswig besetzen, um es dem Herzog von Augustenburg zu überlassen? Begreiflicherweise geriet er in große Aufregung, als er seine Hoffnung auf Erhaltung des Friedens und Beilegung des Streites so plötzlich durch die deutsche Nationalbewegung gefährdet sah, und er entwickelte sofort eine fieberhafte Tätigkeit, um nach allen Seiten hin nachdrücklichst zu betonen, daß England am Londoner Vertrage festhalte und dasselbe von allen andern verlange[3]) — nur der Kuriosität halber sei hier angeführt, daß Lord Russell sich am 14. und 22. Dezember die in Deutschland übliche Bezeichnung

[1]) O. 5. „1864" 447.
[2]) O. 5. „1864" 516.
[3]) „1864" 499, 500, 503, 519, 546, 553 ꝛc.

„Londoner Protokoll" verbat[1]), da sie eine bewußte Herabsetzung des Londoner „Vertrages" sei. — Falls man in Deutschland den Londoner Vertrag nicht beachte, würden sich ernste Verwicklungen ergeben müssen.

Lord Russells Hinweis auf die Möglichkeit großer Verwicklungen war keine leere Phrase, mit der er den Bundestag und die deutschen Regierungen nur einschüchtern wollte. Er dachte sehr ernstlich an Maßnahmen Englands, um das Protokoll gegen den Ansturm der Deutschen zu verteidigen[2]). Er sprach sich darüber am 25. Dezember in einem Briefe an Lord Palmerston aus[3]); dessen Antwort allein ist uns bekannt. Palmerston erklärte sich darin mit allem einverstanden, was Russell ihm geschrieben hatte, und dann fuhr er fort: Holstein sei Bundesland, und deshalb müsse England sich mit einem Proteste begnügen, auch wenn die Deutschen dort einen Akt der Willkür begingen, „an act of gross injustice and of diplomatic perfidy." Die Besetzung Schleswigs dagegen sei eine Feindseligkeit gegen Dänemark und gebe den Dänen ein Anrecht auf Englands Unterstützung zu Wasser und zu Lande; doch könnten er und Russell einen solchen Entschluß nicht ohne Zustimmung des Kabinetts und der Königin fassen. Lord Russell faßte die Stellung Englands zu Dänemark in der schleswig-holsteinischen Frage genau so auf, denn Lord Palmerstons Brief läßt nicht

[1]) „1864" 430, 486.

[2]) Vollkommen verkehrt ist die Darstellung, welche Sybel, III, 121, von Russells Politik gibt: [Königin Viktorias] Seelenwunsch war Erhaltung des Friedens. Dafür hatte sie denn an Lord Russell das denkbar eifrigste Organ, dem jede Bedingung des Friedens, ob deutsch oder dänisch, vollkommen gleichgültig war, wenn sie nur den Krieg verhütete, und der in diesem (!) Sinne rastlos seine Depeschen, Aufforderungen und Abmahnungen in alle Welt hinausgehen ließ. Ebenso falsch ist die ähnliche Äußerung auf S. 78. Neergaard (II, 928) behauptet einen Gegensatz zwischen Palmerston und Russell, der tatsächlich nicht vorhanden ist. Russell stand der deutschen Auffassung nicht näher als Palmerston; nur der Entschluß zu energischen Maßnahmen wäre ihm schwerer als Palmerston gefallen. Es kann keine Rede davon sein, daß Russell den Frieden um jeden Preis erhalten wollte — vielleicht macht sich hierbei der Einfluß Sybels, III, 78, 121, bemerkbar!

[3]) Walpole, „Russell", II, 401.

die geringste Meinungsverschiedenheit hierüber zwischen ihnen vermuten. Er betonte in einem Gespräche mit dem Grafen Appongi sogar ausdrücklich, daß er in Übereinstimmung mit Palmerston eine Intervention Englands zu Dänemarks Gunsten für nötig halte, falls Dänemarks Integrität bedroht sei[1]). Bezeichnend ist auch, daß er am 24. Dezember einen Vorschlag Bismarcks energisch zurückwies[2]), in welchem es der englischen Regierung nahe gelegt wurde, sich in einem Kriege zwischen Deutschen und Dänen neutral zu erklären, solange von deutscher Seite das Londoner Protokoll unangetastet blieb. Wenn Lord Russell sich darauf nicht einließ, so ist das ein Beweis dafür, daß er den Einmarsch deutscher Truppen in Schleswig unter keinen Umständen dulden wollte. Er widersprach sich damit selber, denn in einem Schreiben vom 23. Dezember[3]) hatte er erklärt, daß ein Krieg wegen der dänischen Vertragsbrüche wohl zu unterscheiden sei von einem Kriege infolge der Ansprüche des Herzogs von Augustenburg. Die logische Folgerung wäre gewesen, daß England gegen den Angriffskrieg allein etwas einzuwenden habe. Das schwebte Lord Russell auch vor, doch scheute er sich, die ihm unangenehme Folgerung wirklich zu ziehen und darnach zu handeln. Er und Palmerston haben vielmehr der Königin und dem Kabinett sofort die Frage vorgelegt, ob England nicht zur Verteidigung der Integrität Dänemarks einschreiten müsse, denn man hat diese Frage im Kabinett schon in den ersten Tagen des Januar eingehend erörtert[4]).

Lord Russell wünscht eine Konferenz der Protokollmächte. Die Stellung der Mächte dazu.

Man wird bei Lord Russell nicht von Kriegslust reden können, obgleich er sich mit dem Gedanken an eine Intervention

[1]) D.-D. 55, 63.

[2]) „1864" 500.

[3]) „1864" 496.

[4]) „1864" 546. Die Ansicht Maurenbrechers (S. 125) ist abzulehnen, daß England nicht mehr an Intervention dachte, seitdem sich durch Napoleons Kongreßplan eine Annäherung zwischen Frankreich und Preußen anbahnte. Ebenso falsch ist es, daß nach Malleson (90) Palmerston und Russell nie an Intervention gedacht hätten.

Englands beschäftigte, denn er bemühte sich lebhaft um das Zustandekommen einer Konferenz der Protokollmächte, als die Gefahr eines Zusammenstoßes mit Deutschland für ihn in den Bereich der Möglichkeit rückte[1]). Nachrichten von dem Scheitern der Mission des Lord Wodehouse mögen ihn darin bestärkt haben, diesen letzten Ausweg zur Erhaltung des Friedens zu beschreiten. Er hielt die bewaffnete Intervention Englands offenbar nur für die ultima ratio, welche vermieden werden konnte. Seiner Meinung nach mußte auf der Basis „Erhaltung der Integrität Dänemarks und Gleichberechtigung zwischen Deutschen und Dänen in der dänischen Monarchie" ein Ausgleich möglich sein[2]). Er hatte also keine Ahnung von Bismarcks Plänen.

Lord Palmerston beurteilte die politische Lage um die Jahreswende zweifellos anders als Lord Russell. Er trieb sehr energisch zu einer bewaffneten Intervention zu Dänemarks Gunsten — so teilte sein Kollege Sir Charles Villiers dem Grafen Vitzthum, dem sächsischen Bevollmächtigten in London mit[3]) — er muß sich von der Konferenz allein also weniger als Lord Russell versprochen haben und im Gegenteil der Ansicht gewesen sein, daß die Gefahr für Dänemarks Integrität nur zu beseitigen war, wenn England ganz energisch auftrat. Die Neigung Lord Palmerstons zu einer Intervention in den deutsch-dänischen Streit wurde zweifellos dadurch verstärkt, daß er den zu erwartenden Hauptgegner, Preußen, maßlos unterschätzte[4]): „The Prussians are brave and make good soldiers, but all military men, who have seen the Prussian army at its annual revues of late years, have unequivocally declared their opinion that the French would walk over it and get withont difficulty to Berlin, so oldfashioned is it in organisation and formation and manoeuvre". So schrieb er in seinem Briefe vom 26. Dezember an Lord Russell. Leider hat sein Biograph die Stelle aus dem Briefe weggelassen, welche uns hier ganz besonders

[1]) „1864" 499, 500, 521.
[2]) „1864" 542.
[3]) Vitzthum II, 31. Dezember.
[4]) Martin V, 62. Fitzmaurice 451. Walpole, „Russell", II, 401.

interessieren würde: die Ausführungen Palmerstons, wie er sich einen Krieg (the chances of a war) dachte. Die Beratungen des Kabinetts im Januar können darüber aber wohl Aufschluß geben.

Zunächst scheute sich Lord Russell offensichtlich, die von ihm gewünschte Konferenz der Protokollmächte selber vorzuschlagen; das war natürlich, denn er hatte Frankreich gegenüber ein schlechtes Gewissen; er hatte den von Napoleon am 5. November vorgeschlagenen europäischen Kongreß undiplomatisch grob abgelehnt und die Absage außerdem in der „Times" veröffentlichen lassen. Nun befürchtete er, daß Napoleon Gleiches mit Gleichem vergelten würde, denn er legte es Bismarck und der Kopenhagener Regierung nahe, die Konferenz vorzuschlagen[1]). Auch Rußland war dafür, daß die offizielle Anregung von Dänemark ausging, wenn England selbst sie nicht geben könne[2]). Lord Russell hielt die Zulassung des Deutschen Bundes zu der Konferenz und die Erhaltung des Statusquo während derselben für wünschenswert und empfahl ihre Berufung nach Paris – um Napoleon zu gewinnen.

Auf Napoleon machte dieses Zugeständnis gar keinen Eindruck. Ein Fürstenkongreß in Paris wäre seinen Plänen förderlich gewesen, aber von einer Konferenz der Protokollmächte konnte er wenig oder garnichts für sich erwarten[3]). Darum suchte er ihren Zusammentritt zu hintertreiben[4]). Frankreich halte einen allgemeinen Kongreß der Mächte Europas für zweckmäßiger, denn die Konferenz der Protokollmächte würde nicht genügend Autorität haben, um die Anerkennung ihrer Beschlüsse zu erreichen; ihr Zusammentritt in Paris sei für Frankreich unerwünscht, denn es käme dadurch in unangenehme Lage gegenüber den Mächten, welche zu dem Pariser Kongreß zugesagt hatten und nun von der Konferenz der Protokollmächte in Paris

[1]) „1864" 500, 521. O.-D. 5, 9, 19.

[2]) „1864" 547.

[3]) Napoleon war aber nicht deshalb gegen die Konferenz, weil er sich für die unhöfliche Ablehnung des Kongresses an England rächen wollte – wie Matter II, 237, Maxwell (320), Ashley II, 431, Jansen (190), Mc. Carthy III, 199 und sogar Gladstone (Fitzmaurice II, 116) annehmen.

[4]) „1864" 552. O.-D. 8–16, 18, 19, 29, 32, 42 u. a.

ausgeschlossen blieben. Die Konferenz würde überdies von den Ereignissen alsbald überholt werden, und der Bundesvertreter würde die Verhandlungen nur erschweren. Frankreich müsse endlich sehr vorsichtig verfahren, um sich nicht dem leicht erregbaren Mißtrauen der Deutschen auszusetzen — allein dies letzte Argument ist stichhaltig. Napoleon war sich zweifellos darüber klar, daß seine Pläne scheitern mußten, wenn er sich zu der deutschen Nationalbewegung schlecht stellte. Er hätte ganz Deutschland mit Einschluß von Österreich gegen sich ins Feld gebracht. Offenbar seinen geheimen Plänen zuliebe hat Napoleon sich mit Geschick als Freund der deutschen Nationalbewegung zu geben gewußt[1]). In London konnte man das natürlich nicht ahnen.

Bismarck erklärte sich Ende Dezember aus taktischen Gründen ganz vorübergehend für die Konferenz[2]). Es war wohl kaum seine Absicht, dem Kaiser Napoleon damit eine Genugtuung für den gescheiterten Kongreßplan anzubieten, wie er vorgab. Vielmehr wollte er vermutlich den Schein der Friedfertigkeit wahren und, was wichtiger war, Napoleon mit der Aktion Deutschlands gegen Dänemark aussöhnen, die ja in einer für Napoleon unerwünschten Einmütigkeit zwischen Österreich und Preußen ausgeführt wurde. Er spiegelte ihm vor, daß sich auf der Konferenz das Zusammengehen Preußens mit Frankreich von selbst ergeben würde[3]). Napoleon legte nämlich solchen Wert auf ein Bündnis mit Preußen, daß er durch General Fleury mit Bismarck in der zweiten Hälfte des Dezember darüber in Berlin verhandeln ließ[4]). Bismarck dachte nicht daran, sich Napoleons Hilfe zur Lösung der deutschen Frage durch Abtretungen am Rheine zu erkaufen, doch lehnte er Napoleons Anträge nicht direkt ab, um ihn nicht in das Lager der Gegner Preußens in der dänischen Frage, das heißt auf Englands Seite zu treiben und damit den glücklichen Ausgang der Aktion gegen Dänemark zu gefährden[5]). Napoleon ließ sich

[1]) O.-D. 51, 93 und öfter.
[2]) O.-D. 1, 38.
[3]) O.-D. 1.
[4]) Fleury, II, 278—85. O.-D. 1.
[5]) Bismarck, Ged. u. Erinn. I, S. 118, 364.

durch Bismarcks Argumentation nicht für die Konferenz gewinnen, und Bismarck selbst war froh, daß ihm das Inkrafttreten der November-Verfassung am 1. Januar einen guten Vorwand zu schärferen Maßnahmen gegen Dänemark gab[1]).

Napoleon verhielt sich auch während der nächsten Wochen ablehnend gegen die Konferenz, indem er immer neue Einwände machte, und er ließ die gemeinsame Aktion der deutschen Mächte gegen Dänemark ruhig vor sich gehen, in der Erwartung, daß Preußen sich im Verlaufe der Ereignisse auf Verständigung mit Frankreich angewiesen sehen würde. Trotzdem wahrte er sich offenbar die Möglichkeit, sich an England anzuschließen, indem er sich des öfteren als Anhänger des Londoner Protokolls bekannte und seine behutsame Politik mit der Rücksicht auf die deutsche Nationalbewegung entschuldigte[2]). Auch Bismarck wußte seine Abneigung gegen eine Konferenz wohl zu verbergen; darum merkte Lord Russell garnicht, daß seine Bemühungen für den Zusammentritt einer Konferenz zunächst erfolglos bleiben mußten.

Bei der Haltung Napoleons und Bismarcks war es belanglos, daß Rußland, wie erwähnt, und Österreich sich für die Konferenz interessierten[3]), dagegen war es um so folgenschwerer, daß die leitenden Männer in Dänemark in unbegreiflicher Verblendung zögerten, den deutschen Mächten den Grund zum Einschreiten und zur Hinausschiebung der Konferenz zu nehmen[4]). Sie ließen die November-Verfassung in Kraft und zeigten keine Eile, sich um den Zusammentritt einer Konferenz gemäß Lord Russells Wunsch zu bemühen.

Die Ereignisse am Bundestage und überhaupt in Deutschland schienen alle Hoffnungen, welche Lord Russell auf die Konferenz setzte, von vornherein zunichte zu machen. Hessen-Darmstadt forderte, dem Sinne nach, die Besetzung Schleswigs für Friedrich von Augustenburg unter der Firma, bis zur Entscheidung, wer der rechte Erbe sei. Die nationale Bewegung nahm den Antrag natürlich mit Begeisterung auf, da er zu dem

[1]) O.-D. 38.
[2]) O.-D. 52, 56, 67, 102, 104, 204, 245.
[3]) „1864" 580. O.-D. 77.
[4]) „1864" 633, 722/3. O.-D. 25/6, 53, 58, 80, 125.

bayrischen Antrage vom 23. Dezember trefflich paßte. Auf Österreichs Anregung verlangten die beiden deutschen Großmächte am Bundestage, Herzog Friedrich sei aus Holstein durch Bundesbeschluß auszuweisen. Am 28. Dezember brachten sie ferner den scheinbar gemäßigten Antrag ein, Dänemark sei zur Aufhebung der November-Verfassung durch ein Ultimatum aufzufordern. Verharre es bei seiner Weigerung, so sei Schleswig durch Bundestruppen zu besetzen, um als Pfand für die Erfüllung der dänischen Versprechen zu dienen.

Bismarck unterließ nicht, den englischen Botschafter Buchanan am 31. Dezember darauf aufmerksam zu machen, wie maßvoll die deutschen Großmächte im Gegensatze zu den deutschen Mittelstaaten auftraten[1]). Für die Zukunft lauteten seine Versicherungen allerdings weniger tröstlich, König Wilhelm werde nur sehr ungern gegen die deutschen Mittelstaaten einschreiten, wenn sie den Darmstädter Antrag am Bundestag durchsetzen sollten; er werde es nur tun, um europäische Verwicklungen abzuwenden. Nach Buchanans Auffassung war die Lage recht bedenklich. Bismarck stehe zwar auf dem Boden des Londoner Vertrages, aber er halte die Lostrennung Holsteins von Dänemark sehr wohl für möglich. Buchanan befürchtete noch Schlimmeres, nachdem die Bundesexekution das Ihrige getan hatte, um die Einsetzung Friedrichs von Augustenburg als Herzog in Holstein vorzubereiten. Nur gewaltsames Eingreifen der europäischen Mächte würde die Bundestruppen hindern, solange in Schleswig zu bleiben, bis wenigstens Südschleswig mit Holstein und dem deutschen Bunde vereinigt sei.

Bismarck gab in dieser wie in anderen Unterredungen um die Jahreswende offen genug zu erkennen, daß er die Möglichkeit, das Londoner Protokoll aufzugeben, nicht aus dem Auge ließ, und daß er den 1. Januar herbeiwünschte, weil Dänemark mit dem Inkrafttreten der November-Verfassung völlig im Unrecht war. Trotzdem wußte er immer als der einzig Maßvolle dazustehen. Er stellte den Sachverhalt so dar, daß Dänemark und die deutsche Nationalbewegung sich in die Verantwortung

[1]) „1864" 604.

für die energischen Maßnahmen der deutschen Großmächte teilen mußten. Dänemarks herausfordernde Haltung habe das Einschreiten Deutschlands hervorgerufen, und die Gefahr einer Revolution in Deutschland zwinge die deutschen Großmächte, mit Dänemark nicht zu sanft zu verfahren. Auch König Wilhelms Sympathien für den Herzog von Augustenburg wurden von Bismarck gelegentlich vorgeschoben, um als Erklärung für Schritte zu dienen, welche im Auslande Mißfallen erregt hatten. Niemandem wurde es daher klar, daß gerade Bismarck der gefährlichste Gegner Dänemarks war.

Lord Russell war über das Treiben der Augustenburger Partei empört. Er erging sich immer wieder in erregten Auseinandersetzungen und Warnungen an den Bundestag und die Mittelstaaten. Am 27. Dezember ließ er dem Bundestage durch den englischen Geschäftsträger Sir Malet ein Exemplar des Londoner Vertrages überreichen mit dem Hinweise, daß sich aus der Verletzung des Vertrages die schlimmsten Verwicklungen ergeben könnten[1]). England sei bereit, die zwischen Deutschland und Dänemark schwebende Streitfrage auf einer Konferenz der Protokollmächte unter Teilnahme des Bundes zu erörtern. Lord Russell wollte den Bundestag mit diesem Schreiben einschüchtern und dadurch den deutschen Mächten in ihrem Kampfe gegen die Nationalbewegung zu Hilfe kommen, aber er erreichte das genaue Gegenteil. Die Aufregung in Frankfurt wuchs, man schwur dem Londoner Protokoll nun erst recht die gründlichste Vernichtung zu.

Mit steigender Unruhe sah Lord Russell, daß die deutschen Mächte vor dem Ansturme der Nationalbewegung langsam zurückwichen. Er bot daher alles auf, um sie in ihrem Widerstande gegen die revolutionäre Strömung in Deutschland zu bestärken und beim Londoner Vertrage festzuhalten. Ein Schreiben vom 29. Dezember sollte ihnen klar machen, daß durch Besetzung Schleswigs die „revolutionäre" Bewegung nicht erstickt, sondern erst recht entflammt werden würde[2]). Am 31. Dezember sandte

[1]) „1864" 524. Sybel III, 149. D.-D. 35, 36.
[2]) „1864" 546.

er ferner nach Berlin eine wohlgesetzte Warnung vor Teilnahme an einem Eroberungskriege gegen Dänemark. Wenn man Dänemark auf Grund des Nationalitätsprinzips zerschlagen wolle, so könnten mit demselben Rechte auch die polnischen Landesteile von Preußen losgetrennt werden. Preußen tue also gut, sich zum Londoner Vertrage zu halten[1]).

Bei der steigenden Spannung zwischen den deutschen Regierungen und Dänemark wurde die Frage brennend, welche Haltung England einnehmen sollte. Die Entscheidung darüber ruhte beim Kabinett, wenn auch die Meinung der Königin nicht umgangen werden konnte. Wie wir sehen, hatten sich bisher nur Palmerston und Russell miteinander verständigt. Weitere Besprechungen zwischen den maßgebenden Persönlichkeiten Englands begannen nun Ende Dezember.

[1]) „1864" 554.

Die Fortsetzung dieser Abhandlung wird in der Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte veröffentlicht.

Literaturübersicht.

P. Andræ: Andræ-Hall overfor den politiske Situation, Kopenhagen 1902.

Th. v. Bernhardi: Aus dem Leben Th. v. Bernhardis, Bd. 5—6, Leipzig 1893—96.

A. v. Bernstorff: Im Kampfe für Preußens Ehre, Berlin 1906, von K. Ringhoffer.

v. Beust: Aus drei Viertel-Jahrhunderten, 2 Bde., Stuttgart 1887.

O. v. Bismarck:

Gedanken und Erinnerungen, Volksausg., Berlin und Stuttgart 1905.

H. Blum: Fürst Bismarck und seine Zeit, München 1894.

M. Lenz: Geschichte Bismarcks, 3. Aufl., Leipzig 1905.

H. Kohl: Bismarck-Regesten, Leipzig 1891.

P. Matter: Bismarck et son Temps, Paris 1905—09.

Bismarcks Briefwechsel mit dem Minister Frhrn. v. Schleinitz 1858 bis 1861, Stuttgart und Berlin 1905.

G. Bloomfield: Reminiscences of Court- and Diplomatic Life, London 1883.

R. Cobden: John Morley: „The Life of R. C. . . .", London 1883.

Earl of Derby: G. Saintsbury: „The Earl of . . .", London 1892.

B. Disraeli, Lord Beaconsfield:

A. Ch. Ewald: „Earl of . . . and his Times", London 1881.

J. A. Froude: „Earl of . . .", London 1906.

Ernst II. von Sachsen-Coburg-Gotha, Aus meinem Leben und aus meiner Zeit, 3 Bde., Berlin 1887.

Kaiser Friedrich: M. v. Poschinger: „Kaiser . . .", Berlin 1898.

Friedrich VII.: A. Thorsoe: Kong Frederic den Syvendes Regering, 2 Bde., Kopenhagen 1883.

W. E. Gladstone:

Th. Archer: „. . . and Contemporaries", London.

Justin Mc Carthy: „The Story of . . .'s Life", London 1898.

H. W. Paul, „W. E. Gl. . . .", 1901.

J. Morley: „W. E. Gl. . . .", London 1903.

Lord Goschen: Arthur D. Elliot: „Life of . . ." New York 1911.

Lord Granville: E. Lord Fitzmaurice: „The Life of . . ." 1815—91, London 1907.

H. Greville: „Leaves from the Diary of . . ." ed. Viscountess Enfield, London 1883.

J. Hansen: Les Coulisses de la Diplomatie, Paris 1880.
„Af Orla Lehmanns Papirer" von J. Clauſen, Kopenhagen 1903.
A. Loftus: Diplomatic Reminiscences, 2 Bde., London 1894.
Earl of Malmesbury: Memoirs of an Ex-Minister, 3 Bde., 1885.
A. Th. Manthey: Dagbøger, Kriſtiania 1909.
A. Memor: l'Allemagne nouvelle, Paris 1879.
D. G. Monrad's Deltagelſe i Begivenhederne 1864, udg. of Aage Friis, Kopenhagen 1914.
Lord Palmerston:
Evelyn Ashley: „Lord P. . . ." 2 Bde., 2 Ed., London 1879.
Marquis of Lorne: „Lord P. . . ." London 1891.
Anthony Throllope: „Lord P. . . ." London 1882.
Lloyd Sanders: Life of . . ." London 1888.
Lord J. Russell:
Spencer Walpole: „The Life of . . .", 2 Bde., London 1889.
Percy M. Thornton: „Foreign Secretaries", London 1882.
St. J. Reid: „Lord . . ." London 1895.
Earl of Selbourne: Memorials, London 1896.
Earl of Salisbury: F. S. Pulling: „The Life and Speeches of the Marqu. of . . ." 1885.
Chr. v. Tiedemann: Aus Sieben Jahrzehnten, Leipzig 1905.
Graf Vitzthum von Eckſtädt: „St. Petersburg und London", Stuttgart 1886.
Königin Viktoria: „Letters of Queen Victoria" ed. A. C. Benson & Lord Esher (deutſche Überſetzung, Berlin 1908).
Th. Ward „The Reign of . . .", London 1887.
S. Lee „Queen . . .", London 1902.
Wilhelm I.: Ernſt Berner: Kaiſer Wilhelms des Großen Briefe, Reden und Schriften, Berlin 1906.
Allgemeine deutſche Biographie.
Dictionary of English Biography.
Danſk biographiſk Lexikon.

Parliamentary Papers:
Correspondence respecting the Affairs of Denmark 1850—53.
Denmark and Germany, Correspondence respecting the Maintenance of the Integrity of the Danish Monarchy 1861.
Correspondence resp. the Affairs of the Duchies of Holstein, Lauenburg and Schleswig, 1863, 1864.
Hansard's Parliamentary Debates.
„Das Staatsarchiv", ed. Agidy und Klauholt, Leipzig, Bde. 1—8.
Origines Diplomatiques de la Guerre de 1870/71, Bd. 1—3, Paris 1910.
Le Traité de Londres, Kopenhagen 1863.

Friedjung: Der Kampf um die Vorherrſchaft in Deutſchland 1859—66, 7. Aufl., Stuttgart 1907/08.

K. Jansen und K. Samwer: Schleswig-Holsteins Befreiung, Wiesbaden 1897.
H. Koth: Die Politik Norwegen-Schwedens im deutsch-dänischen Konflikt, Kristiania 1908.
K. Lorentzen: Der Londoner Traktat vom 8. Mai 1852, 2. Aufl., Leipzig 1884.
W. Maurenbrecher: Die Gründung des Deutschen Reiches 1859—71, Leipzig 1892.
N. Neergaard: Under Junigrundloven, Kopenhagen.
R. Pauli: Geschichte Englands seit dem Frieden 1814/15, Leipzig 1875.
H. v. Sybel: Die Begründung des Deutschen Reiches, Volksausg., München-Berlin 1901.
H. v. Sybel: Kleinere Schriften, 3 Bde., (Aufsatz „Napoleon III.").

J. Mc. Carthy: A History of our Own Times, 5 Bde., London 1882.
Cassell: History of England, Bd. 9, London.
Thomas Henry Dyer: Modern Europe, London 1877.
Hunt & Poole: The political history of England, London 1907. Bd. 12 von Sidney Low and Lloyd Sanders.
G. H. Malleson: The Refounding of the German Empire, London 1895.
Sir Herbert Maxwell: A Century of Empire, London 1910.
W. N. Molesworth: History of England from the year 1830—74, London 1875.
C. W. C. Oman: England in the 19th Century, London 1903.
Herbert Paul: A History of Modern England, London 1904.
Edgar Sanderson: The British Empire in the 19th Century, London 1897.
Spencer Walpole: History of the Twenty-five Years (1856—70), London 1904.

Germany Unmasked, London 1848.
On Nationality and Language in the Duchy of Schleswig or South-Jütland, Kopenhagen 1848.
Travers Twiss: On the Relations of the Duchies of Schleswig-Holstein, London 1848.
Who is to blame for the War?, London 1849.
A qui le Tort dans la Guerre entre le Danemark et l'Allemagne?, Paris 1849.
Sir Harry Verney: Some Observations on the Affairs of Germany, London 1849.
S. Laing: Observations on the Social and Political State of Denmark, London 1852.
D. Urquhart: Denmark and the Duchies, London 1852.
D. Urquhart: The Crown of Denmark disposed of by . . .; London 1853.

An English Scandinavian: The Scandinavian Question. Practical Reflections by Arnliot Gollina, London 1857.
Reflections on the Integrity of the Danish Monarchy, London 1857.
La politique Anglaise, Paris 1860.
Horace Marryat: A Residence in Jütland, London 1860.
Germany: Denmark and the Skandinavian Question, London 1861.
Ch. A. Gosch: The Nationality of Schleswig, London 1861.
Languages in the Duchy of Schleswig, London 1861.
Schleswig, London 1861.
Ch. A. Gosch: Germany and Denmark since 1815, London 1862.
A. Statement of the German-Danish Question, Leipzig 1863.
The Dano-German Conflict and Lord Russell's proposal of Sept. 24th 1862, London 1863.
O. Wenckstern: Ten Years of the Schleswig-Holstein Question, London 1863.
Lancashire Foreign Affairs Committee: „Reasons for Abrogating the Treaty of London of the 8th of May 1852" und kleinere Beiträge, London 1861.
F. Aubert: Le Danemark et L'Allemagne, Paris 1863.

Zeitschriften:

Bentley's Miscellany. Blackwood's Edinburgh Magazine. British Quaterly Review. Colburn's Monthly Magazin. Dublin University Magazine. Eclectic Magazine. Edinburgh Review. Fraser's Magazine. The Fortnightly Review. Home & Foreign Review. The London Quaterly Review. London Review. The National Review. Nineteenth Century. North British Review. The Quaterly Review. Westminster Review.

Zeitungen:

Daily Telegraph. Morning Herald. Morning Post. Standard. Times.

Andere, hier nicht angeführte Werke sind zur Orientierung über die politischen Zusammenhänge gelegentlich benutzt worden.

Abkürzungen der Zitate.

Origines Diplomatiques: O., (Nr. des Schriftstücks.)
Denmark & Germany: „1861", „1863", „1864".
Das Staatsarchiv: St. A.

Von den Werken ist meist nur der Verfasser in den Zitaten angeführt, dazu die Seitenangabe; bei Tagebüchern nur die Daten, unter denen die betreffenden Mitteilungen eingetragen worden sind.

Inhaltsangabe.

Seite

Einleitung 1
Die internationale Bedeutung der dänischen Frage 1
Kapitel I. England und die dänische Frage bis zum Tode Friedrichs VII. 5
Die Politik Lord Russells von 1861—63 5
Die öffentliche Meinung Englands in ihrer Haltung zur dänischen Frage und zur deutschen Einheitsbewegung 11
Die dänische Frage und das Parlament 1861—63 19
Die Politik Palmerstons und Russells im Sommer 1863 . . 21
Lord Russells Vermittlungsversuch im Herbst 1863 30
Kapitel II. Englands Politik vom Tode Friedrichs VII. von Dänemark bis zum Zusammentritt des englischen Parlaments am 4. Februar 1864 38
Bismarck übernimmt die Führung in der dänischen Frage . . 38
Lord Russells Haltung gegenüber den Vorgängen in Deutschland nach König Friedrichs VII. Tode. Die Sendung des Lord Wodehouse nach Kopenhagen 42
Palmerston und Russell denken an Intervention 51
Lord Russell wünscht eine Konferenz der Protokollmächte. Die Stellung der Mächte dazu 53
Literaturübersicht 61

Lord Russell bespricht die Lage mit Königin Viktoria und schlägt die Konferenz selbst vor . . . . . —
Die Stellungnahme des Kabinetts Anfang Januar . . . . —
Die öffentliche Meinung Englands im Januar . . . . . —
Lord Russells Bemühungen, die Mächte für eine Konferenz zu gewinnen . . . . . —
Das Ultimatum Österreichs und Preußens an Dänemark. Lord Russells Versuche, den Ausbruch der Feindseligkeiten zu hindern. Palmerston treibt zur Intervention . . . . —
Das Kabinett erklärt sich gegen Intervention . . . . . —
Kapitel III. Die Stellungnahme des Parlaments und der öffentlichen Meinung zu der Politik des Kabinetts . . . . . —
Die Adreßdebatte . . . . . —

Lebenslauf

Ich, Fritz Cierpinski, evangelischer Konfession, preußischer Staatsangehörigkeit, wurde am 23. Oktober 1889 zu Beuthen an der Oder in Niederschlesien als Sohn des praktischen Arztes Dr. Albert Cierpinski geboren. Von Ostern 1899 bis Ostern 1905 besuchte ich das evangelische Gymnasium zu Glogau an der Oder und von Herbst 1905 bis Ostern 1909 das Marienstiftsgymnasium zu Stettin, wo ich das Zeugnis der Reife erhielt. Seit Sommer 1907 habe ich jährlich längere Zeit in England im Hause meines Stiefvaters John C. Henwood (Staff Officer, Civil Service Commission London) zugebracht. Ostern 1909 bezog ich die Universität Kiel, um Geschichte, Geographie und Englisch zu studieren. Das Sommersemester 1910 studierte ich in Marburg und von Herbst 1910 bis Sommer 1911 in Berlin. Seit Herbst 1911 studiere ich wieder in Kiel, um mich zum Staatsexamen vorzubereiten. Am 28. Februar 1914 bestand ich das mündliche Doktorexamen.

Meine Lehrer waren in Kiel die Herren Professoren Baron von Brockdorff, Deussen, Gering, Holthausen, Körting, Martius, Mecking, Rachfahl, Rodenberg, Schultze, Strack, Unzer, Wegemann und Herr Privatdozent Dr. Kern; in Berlin die Herren Professoren Brandl, Hintze, Eduard Meyer, Münsterberg, Adolf Wagner und die Herren Privatdozenten Dr. Caspar, Hofmeister und Spieß; in Marburg die Herren Professoren Busch, Suchier, Viétor, Wechßler und Wrede.

Dem Herrn Referenten Professor Dr. Rachfahl sage ich an dieser Stelle für die freundliche Förderung meinen tiefstgefühlten Dank.

568939
HG Cierpinski, Fritz
C5696po Die Politik Englands in der Schleswig-
Holsteinischen Frage von 1861 bis Ende Dezem-
ber 1863.

UNIVERSITY OF TORONTO
LIBRARY

DO NOT
REMOVE
THE
CARD
FROM
THIS
POCKET